



## **Band 7. Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933-1945**

Adolf Hitlers (1889-1945) Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 war weder zufällig noch unvermeidbar; sie war vielmehr der Fähigkeit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) zuzuschreiben, erfolgreich die grundlegenden Schwächen der Weimarer Republik auszunutzen, um erhebliche Unterstützung seitens der Bevölkerung zu gewinnen. Ohne die unerwartete Hilfe seiner politischen Gegner hätte Hitler jedoch auf legalem Weg – oder vielleicht überhaupt – niemals Reichskanzler werden können.

Im September 1930 hatte die NSDAP in einer landesweiten Wahl 18,3 Prozent der Stimmen und damit die zweitgrößte Zahl an Sitzen im Reichstag gewonnen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten ihre politischen Gegner und Beobachter den Nationalsozialismus hauptsächlich als eine Bewegung von Raufbolden und Außenseitern abgetan, welche die Republik mit Gewalt stürzen wollten – was Hitler tatsächlich während seines Putschversuches im November 1923 erfolglos angestrebt hatte. In den späten 1920er Jahren hatten führende Parteimitglieder und örtliche, innerhalb des Systems agierende Aktivisten allerdings eine zunehmend effektive organisatorische Basis in weiten Teilen Deutschlands aufgebaut und neue – legale – Wege entdeckt, um verschiedene soziale Schichten anzusprechen. Während der Weltwirtschaftskrise schlugen die Nazis aus Hitlers Charisma, der hohen Arbeitslosigkeit und den Ängsten der Mittel- und Oberschicht vor Kommunismus und Sozialismus Kapital, was sich in einem beachtlichen Anstieg der Wählerschaft niederschlug.

In diesen Jahren kam es im Reichstag zu erbitterten Kämpfen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, die beide ständig versuchten, die Verabschiedung von Regierungsmaßnahmen zu verhindern. Gleichzeitig bekämpften sich ihre jeweiligen paramilitärischen Kampftruppen, die Sturmabteilung (SA) einerseits und der Rotfrontkämpferbund andererseits gegenseitig (und die sozialdemokratisch orientierte Reichsbanner-Organisation) in den Straßen und Bierkellern überall im Land. Die wirtschaftliche Misere, der politische Stillstand sowie der Zusammenbruch

von Recht und Ordnung wirkten zusammen und verschlimmerten sich gegenseitig. Die ohnehin weit verbreiteten Zweifel an Deutschlands parlamentarischem System, begünstigt durch die illiberale politische Tradition des 19. Jahrhunderts, wuchsen weiter an.

Hitlers extreme Rassenideologie (die er in *Mein Kampf* dargelegt hatte), seine Verurteilung wegen Hochverrats 1924, seine erst relativ spät (1932) erfolgte Einbürgerung in Deutschland sowie seine persönliche und politische Unnachgiebigkeit platzierten ihn weit außerhalb des „gewöhnlichen“ Spektrums der nationalen Politik. Er war jedoch in der Lage, einen bedeutenden Teil der deutschen Wählerschaft für sich einzunehmen. In der Wahl zum Reichspräsidenten erhielt Hitler im 2. Wahlgang am 10. April 1932 13,4 Millionen Stimmen (der Amtsinhaber Paul von Hindenburg erhielt 19,4 Millionen).

Vom März 1930 bis zum Januar 1933 regierten drei aufeinanderfolgende Reichskanzler – Heinrich Brüning, Franz von Papen und Kurt von Schleicher – durch Notverordnungen des Reichspräsidenten und wiederholte Auflösung des Reichstages an handlungsunfähigen Parlamenten vorbei. Bis zur Mitte des Jahres 1932, als die wirtschaftliche Lage ihren Tiefpunkt erreichte, bewirkte jede durch die Reichstagsauflösungen notwendig gewordene Neuwahl lediglich eine Verstärkung der Extreme. Selbst nachdem sie in der Reichstagswahl vom November 1932 mehr als zwei Millionen Stimmen verloren hatte, war die NSDAP mit mehr als einem Drittel der 584 Sitze noch immer stärkste Partei.

Dennoch fehlte ihr immer noch eine parlamentarische Mehrheit. Hinter verschlossenen Türen wurde davon gesprochen, den Reichstag vorübergehend – oder sogar endgültig – aufzulösen oder die Monarchie wiederherzustellen. Diese Vorschläge fanden jedoch nicht die Zustimmung von Reichspräsident Hindenburg (1847-1934). Obwohl er ein überzeugter Monarchist war, hielt sich der gealterte Feldmarschall des Ersten Weltkriegs zumindest formal an die republikanische Verfassung. Zudem fürchtete er die öffentlichen Unruhen, die ein Staatsstreich hätte auslösen können.

Im Januar 1933 wurde einer von Hitlers Rivalen, der ehemalige Reichskanzler Franz von Papen (1879-1969), ein konservativer katholischer Aristokrat, aktiv und handelte im Verborgenen ein Einvernehmen aus – Hitler würde Reichskanzler werden und er selbst Vizekanzler. Daraufhin half Papen bei der Zusammenstellung eines Kabinetts von Ministern, die sowohl für Hitler als auch für Hindenburg akzeptabel waren. Der amtierende Reichskanzler Kurt von Schleicher, der

über keinerlei Unterstützung im kurz vor der Einberufung stehenden Reichstag verfügte, gestand seine Niederlage ein und trat am 28. Januar 1933 zurück. Zwei Tage später wurde Hitler legal zum Reichskanzler ernannt.

Der neue Reichskanzler, unumstrittener „Führer“ seiner Partei, profitierte zudem von einem Bündnis mit der traditionell-konservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Dieses Bündnis gab ihm eine parlamentarische Basis von etwas über 40 Prozent der Sitze im Reichstag. Dabei ist wichtig anzumerken, dass nur zwei der ursprünglichen Kabinettsmitglieder Hitlers – Wilhelm Frick und Hermann Göring – Nationalsozialisten waren; der Rest waren konservative Nationalisten oder parteilose Fachleute. Vizekanzler Papen glaubte, die Zusammensetzung von Hitlers Kabinett (und seine eigenen engen Verbindungen zu Hindenburg) würde es ihm ermöglichen, Hitler, der die Massen wirkungsvoller mobilisiert hatte als traditionelle Mitglieder der politischen Rechten, unter Kontrolle zu halten.

Die tatsächliche Revolution der Nationalsozialisten vollzog sich erst, nachdem Hitler im Amt war; sie geschah, nachdem er und die Mitglieder seines engeren Umfeldes sich der politischen und verfassungsrechtlichen Beschränkungen entledigten, die ihre Vorgänger gebunden hatten. Indem sie stufenweise eine Diktatur errichteten, nutzten sie ihre zunehmende Macht, um einen erheblichen Teil ihrer rassistischen und geopolitischen Agenda umzusetzen. Mochte ihre Vorgehensweise auch konservativ erscheinen, ihre Ziele waren alles andere als das.

## **I. Aufbau des NS-Regimes**

Am 1. Februar 1933 entsprach Reichspräsident Hindenburg Hitlers Forderung nach Neuwahlen. Unmittelbar danach forderte Hitler eine Notverordnung, die angeblich dem Schutz vor kommunistischem Terror dienen sollte. Diese „Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes“ vom 4. Februar 1933 ermöglichte es dem neuen Innenminister Wilhelm Frick (1877-1946), in Zusammenarbeit mit der jeweils örtlichen Polizei öffentliche Versammlungen sowie „Druckschriften, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden“ zu verbieten. Fricks Ministerium und die Polizeibehörden erhielten außerdem die Macht, Streiks in wichtigen Wirtschaftszweigen zu verbieten. Zudem wurde ihnen eine erweiterte Verhaftungsbefugnis verliehen, was bedeutete, dass sie Personen verhaften konnten, die von verbotenen Aktivitäten gewusst, aber nicht die Behörden informiert hatten. Die

„Verordnung zum Schutze des Deutschen Volkes“ ermöglichte es der Hitler-Regierung schließlich, in den Vorwochen der Wahlen Kommunisten und Sozialdemokraten zu verhaften und gegen die Regierung gerichtete Wahlkampagnen zu unterdrücken.

Während der Kabinettsitzung vom 8. Februar 1933 stellte Hitler seine Vision einer deutschen „Wiederwehrhaftmachung“ vor. Reichswehrminister Werner von Blomberg (1878-1946), der bereits von Hindenburg ernannt worden war, machte schon bald seine Etatforderungen geltend, indem er argumentierte, der Zustand der deutschen Armee mache eine schnelle Wiederbewaffnung zur absoluten Priorität. Erst nachdem diese erreicht sei, könne die Regierung sich auf andere Ziele konzentrieren. Die Niederschrift der Sitzung enthüllt ein hohes Maß an gemeinsamen Interessen zwischen dem neuen Reichskanzler und dem deutschen Militär. Darüber hinaus zeigt sie, dass Hitler vor hatte, weitaus länger im Amt zu bleiben als seine direkten Vorgänger – kaum länger als eine Woche an der Macht, entwarf er bereits einen Plan zur Wiederaufrüstung Deutschlands innerhalb von fünf Jahren.

Insgesamt gesehen, gehörte die deutsche Großindustrie in den vorangegangenen Wahlen nicht zu den nennenswerten Unterstützern der Nazis.<sup>1</sup> Hitler hoffte aber, das zu ändern. Am 20. Februar 1933 lud Hermann Göring (1893-1946) ungefähr zwanzig führende Industrielle und Bankiers zu einem privaten Treffen ein. Göring, ein hochdekorierter Pilot aus dem Ersten Weltkrieg und ein echter Lebemann, hatte weitaus bessere Verbindungen zur Wirtschaftselite als Hitler, der aus bescheidenen österreichischen Verhältnissen stammte und dessen ungeschicktes Auftreten und volksverhetzender Ton viele bekannte Geschäftsleute zurückhaltend bleiben ließ. An der Sitzung war auch Dr. Hjalmar Schacht (1877-1970) beteiligt, der von 1923 bis 1930 Präsident der Reichsbank gewesen war. Nachdem er sich zuvor in der Mitte des politischen Spektrums befunden hatte, begann Schacht in der zweiten Hälfte der 20er Jahre, sich politisch nach rechts zu bewegen. Als Hitler an die Macht kam, hatte er sich den Nazis bereits seit Jahren angedient. Dennoch beruhigte und ermutigte Schachts Anwesenheit bei der Sitzung die Industriellen, und es gelang ihm, Spendenzusagen für die Wahlkampagne der Regierung zu bekommen. Im Monat darauf wurde er erneut zum Präsidenten der Reichsbank ernannt, diesmal unter dem NS-Regime.

---

<sup>1</sup> Vgl. Henry Ashby Turner, Jr., *German Big Business and the Rise of Nazism*. New York: Oxford University Press, 1985 (dt.: Henry Ashby Turner, Jr., *Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers*, übersetzt von Hildegard Möller und Marina Münkler. Berlin: Siedler, 1985).

Am Abend des 27. Februar 1933 wurde das Reichstagsgebäude in Brand gesetzt. Der mutmaßliche Brandstifter war Marinus van der Lubbe (1909-1934), ein junger niederländischer Kommunist mit zweifelhafter Zurechnungsfähigkeit; er wurde sofort verhaftet und schließlich hingerichtet. Hohe Nazi-Funktionäre erklärten das Feuer sofort – und irrationalerweise – als unumstößlichen Beweis für eine kommunistische Verschwörung zum Sturz der Regierung. Victor Klemperer (1881-1960), damals Professor in Dresden, reagierte mit einem Eintrag in sein berühmtes Tagebuch auf den Vorfall: „[ . . . ] ich kann mir nicht denken, daß irgendjemand *wirklich* an kommunistische Täter glaubt statt an bezahlte [Hakenkreuz-] Arbeit.“<sup>2</sup> Ein überzeugender und detaillierter Bericht der Vorkommnisse wurde schließlich von Rudolf Diels geliefert, der zu dieser Zeit Chef der preußischen politischen Polizei war. In seiner 1949 veröffentlichten Biographie beschreibt Diels Marinus van der Lubbe überzeugend als allein handelnden Brandstifter.<sup>3</sup> Unter den Historikern, die sich mit dem Beweismaterial beschäftigt haben, herrscht heute ein mehrheitliches Einvernehmen darüber, dass er allein für den Brand verantwortlich war.

Als Reaktion auf den Reichstagsbrand entwarf Wilhelm Frick eine Notverordnung, die der Regierung eine stark erweiterte Polizeigewalt verlieh. Durch die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 wurden die verfassungsmäßig geschützte Rede-, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie das Post- und Fernsprecheheimnis bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Hausdurchsuchungen und die Beschlagnahmung von Eigentum wurden erleichtert. Die Freiheit der Person wurde eingeschränkt und die Regierung war befugt, Personen ohne Verfahren auf mehr oder weniger legaler Grundlage zu verhaften. Zudem konnte die Reichsregierung in dem Fall, dass eine Länderregierung es versäumte, die „nötigen“ Maßnahmen „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ zu ergreifen, die Polizeigewalt und Verwaltung des Landes übernehmen und direkt handeln. Neben der Abschaffung der Bürgerrechte radierte diese Verordnung (die auch als Reichstagsbrandverordnung bekannt ist) aus, was vom alten System der Gewaltenteilung, welches das Verhältnis von Reichs- und Länderregierungen in Deutschlands föderalem System reguliert hatte, übrig war. Hindenburg unterschrieb die „Reichstagsbrandverordnung“ wie auch schon die „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“ und gab damit den Nazis eine weitere schlagkräftige Waffe gegen ihre Gegner. Sie

---

<sup>2</sup> Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941*. Berlin: Aufbau-Verlag 1999, S. 8 (Eintrag vom 10. März 1933).

<sup>3</sup> Rudolf Diels, *Lucifer ante portas: ... es spricht der erste Chef der Gestapo*. Zürich: Interverlag, 1949, S. 142-44.

sollte sich als langfristige Maßnahme herausstellen – die Verordnung wurde während der gesamten zwölf Jahre des Dritten Reiches nicht aufgehoben.

Die Wahlen vom 5. März 1933 verschafften der NSDAP mit 43,9 Prozent der Stimmen und 288 Sitzen im Reichstag einen noch größeren Zuwachs. Zusammen mit ihrem Koalitionspartner, der DNVP (fast 8%) verfügten sie nun über eine knappe Mehrheit. Doch die Sozialdemokraten (18,3%), die Kommunisten (12,3%) und die katholische Zentrumspartei (11,2%) hatten es selbst unter diesen widrigen Umständen geschafft, den Großteil ihrer Wähler zu halten. Auch mit staatlichem Terror, Einschüchterung und Propaganda waren die Nazis noch nicht in der Lage, allein eine parlamentarische Mehrheit zu erreichen.

Dennoch hatten das Wahlergebnis, der Reichstagsbrand und die Notverordnung Hitler weitere Macht verliehen. Das Protokoll der Kabinettsitzung vom 7. März 1933 zeigt, dass sowohl Hitler als auch Frick van der Lubbe hängen wollten, dies aber im Rahmen des geltenden Rechts nicht konnten, da Brandstiftung rechtmäßig mit Gefängnis bestraft wurde. Um ihr Ziel zu erreichen, fand Frick drei Juraprofessoren, die der Ansicht waren, das Gesetz könne rückwirkend verschärft werden. Hochrangige Bürokraten ohne Parteizugehörigkeit wie Franz Schlegelberger, Staatssekretär im Justizministerium, und der Büroleiter des Reichspräsidenten, Staatssekretär Otto Meißner (der mitgeholfen hatte, Hindenburg dazu zu überreden, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen), waren bereit, bestimmte Zugeständnisse zu machen, doch war ihnen unwohl dabei, ein Gesetz *ex post facto* zu entwerfen und Präsident Hindenburg so in eine unangenehme Situation zu bringen. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt war Hitler sich jedoch sicher, diese Hindernisse umgehen zu können – und tat es tatsächlich. Die stolze deutsche (und preußische) Tradition des Rechtsstaates ging nun sehr schnell verloren.

Während der nächsten Wochen festigten die Nazis rasch ihre Macht auf verschiedenen Ebenen in einem Prozess, der teilweise geplant, teilweise improvisiert und zum Teil von Parteifunktionären und SA-Männern angestoßen wurde. Einige der Geschehnisse waren von oben geplant – so beispielsweise als sich Hitler über den Widerstand des Reichswirtschaftsministers Dr. Alfred Hugenberg (1865-1951) hinwegsetzte, um das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda einzurichten und den langjährigen Propagandachef der NSDAP, Joseph Goebbels (1897-1945), an dessen Spitze zu setzen. Das neue Ministerium übernahm die Kontrolle über die staatseigenen Radiosender und begann, abweichende politische Meinungen aus allen Medien zu verbannen. Goebbels beherrschte

zahlreiche Kommunikationswege und verbreitete über sie eine rhetorische Flut, die den Wählern einerseits Angst vor einer kommunistischen Revolution und andererseits Hoffnung auf ein immer stärker werdendes Deutschland machen sollte.

Zur gleichen Zeit richtete Heinrich Himmler (1900-1945), Reichsführer SS, das erste Konzentrationslager in Dachau außerhalb Münchens ein. Sozialdemokratische und kommunistische Gegner des Regimes wurden von der bayerischen Polizei zusammengetrieben und dorthin geschickt. Von Seiten des Nazi-Fußvolks kam es außerdem zu spontanen Gewaltausbrüchen, als SA-Männer und „Alte Kämpfer“ der Partei versuchten, alte Rechnungen mit Feinden zu begleichen und an sich zu reißen, was sie für die Beute der nationalsozialistischen Revolution hielten. Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden waren die hauptsächlichen Ziele ihrer Angriffe. Heutige Historiker studieren immer noch die Quellen, um herauszufinden, ob – und in welchem Maß – die Revolution der Nazis von unten oder oben entstand. Sicher ist jedoch, dass die Nazi-Funktionäre die Gewalt als Vorwand für die Reichsregierung benutzten, um in einigen Ländern die Kontrolle über die Polizei zu übernehmen. Dies war nur ein Element in dem Prozess der Gleichschaltung, durch welchen die Nazis ihre Kontrolle der Reichsregierung auf andere Einflussbereiche ausweiteten.

Obwohl die Nazis von einer „nationalen Revolution“ sprachen, wollte Hitler den Anschein von Legalität erhalten. Wie seine unmittelbaren Vorgänger im Amt des Reichskanzlers auch, hatte er sich der präsidialen Notverordnungen bedient, um sich von den durch den Reichstag auferlegten politischen Fesseln freizumachen. Nun war jedoch die Zeit für Hitler gekommen, um das Gegenteil zu versuchen: den neu gewählten Reichstag dazu zu benutzen, um sich selbst von der Abhängigkeit von Notverordnungen zu befreien. Also legte die Regierung einen dehnbaren, von Frick entworfenen und vom Kabinett genehmigten Gesetzentwurf mit dem Titel „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, auch „Ermächtigungsgesetz“ genannt vor. Erstaunlich in seiner Reichweite, sah er ein vereinfachtes Gesetzgebungsverfahren vor – der Reichskanzler würde die Gesetze vorbereiten, das Kabinett sie ausführen und das Reichsgesetzblatt sie veröffentlichen. Anders ausgedrückt, würde die Maßnahme Hitlers Kabinett „ermächtigen“, Gesetze ohne Zustimmung des Reichstages zu verabschieden – selbst solche, die sich von der Verfassung entfernten, ihr widersprachen oder sie änderten. Die einzige Einschränkung bestand darin, dass zukünftig unter dem Ermächtigungsgesetz verabschiedete Gesetze den Reichstag, den Reichsrat und die Machtbefugnis des Reichspräsidenten nicht berühren durften. Diese Einschränkung war in gewisser Hinsicht

inkongruent mit dem Ermächtigungsgesetz selbst, da dieses bereits eine Untergrabung der erwähnten Verfassungsorgane in Aussicht stellte.

Um das verfassungsändernde Ermächtigungsgesetz zu verabschieden, brauchte die Regierung eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag. Am 23. März 1933 versammelten sich die meisten der neugewählten Reichstagsabgeordneten – zumindest jene, die nicht verhaftet worden waren – in der Berliner Krolloper zur Eröffnungssitzung. (Die Sitzung fand dort statt, weil das Reichstagsgebäude ausgebrannt war.) Es waren an diesem Tag keine kommunistischen Abgeordneten anwesend, da sie allesamt entweder verhaftet oder gezwungenermaßen untergetaucht waren. Ebenso verhaftet oder untergetaucht waren 26 sozialdemokratische Abgeordnete, die restlichen 94 waren jedoch anwesend. In seiner Eröffnungsrede versprach Hitler, den Marxismus zu zerschlagen und Verrat mit barbarischer Unbarmherzigkeit zu bestrafen. Die gespaltene Zentrumspartei, die sich von Versprechungen des Respekts gegenüber den Rechten der Katholiken irreführen ließ und die Konsequenzen des Widerstandes gegen die Regierung fürchtete, stimmte intern ab, um dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen und ihren 73 Abgeordneten Einstimmigkeit aufzuerlegen (Fraktionsdisziplin). Hitlers Regierung hatte nun die benötigten Stimmen.

Führende Sozialdemokraten hatten noch nie dazu geneigt, Gewalt einzusetzen, um gegen illegale Maßnahmen zu protestieren, und sie glaubten, dass es schlicht zu spät – und zu gefährlich – sei, um nun dazu aufzurufen. Während das Gebäude von SA- und SS-Männern buchstäblich besetzt war, hielt der langjährige SPD-Abgeordnete Otto Wels (1873-1939) eine mutige Rede, in der er an den Prinzipien und Zielen seiner Partei festhielt. Hitler, davon unbeeindruckt, hatte nichts als Beleidigungen und Verunglimpfungen für die Sozialdemokraten übrig. Das Ermächtigungsgesetz wurde mit 441 zu 94 Stimmen angenommen, wobei die SPD-Abgeordneten die einzigen waren, die mit „nein“ stimmten. Ohne weitere Debatte stimmte der Reichsrat geschlossen für das Gesetz. Das Ermächtigungsgesetz sollte ursprünglich am 1. April 1937 auslaufen, es wurde schließlich aber verlängert und blieb bis zum Ende des Dritten Reiches in Kraft.

Mit der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes versetzten die Nationalsozialisten der deutschen Demokratie den juristischen Todesstoß. Hiernach war es für jegliche andere politische Partei unmöglich, auch nur ein Stückchen Macht oder Einfluss zu behalten. Kabinettsmitglieder, die nicht in der Partei waren (z.B. Hugenberg) legten schließlich ihr Amt



nieder oder wurden ersetzt. Während des Sommers 1933 unternahmen die Nazis eine Reihe von Schritten, die zur Abschaffung aller anderen Parteien führten.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und der Allgemeine Freie Angestelltenbund (AFA) waren seit langem mit den Sozialdemokraten verbunden. Nachdem die Nazis an die Macht kamen, hofften jedoch einzelne Funktionäre beider Organisationen, ihre Macht erhalten zu können, indem sie jegliche Verbindungen zur SPD abbrachen und dem neuen Regime ihre Gefolgschaft anboten. Als dem Namen nach sozialistische Partei verfügte die NSDAP über ihre eigene kleine Gewerkschaftsorganisation, die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO), welche eine ausgesprochene Vorliebe dafür hatte, die Arbeit anderer Gewerkschaften zu behindern. Durch die Abschaffung der eigenständigen „spaltenden“ Organisationen, die althergebrachte gesellschaftliche und politische Differenzen widerspiegeln, wollten die Parteifunktionäre einheitliche, funktionale Gewerkschaftsorganisationen unter der Kontrolle der Nazis schaffen.

Der 1. Mai war der traditionelle Aufmarschtag der Sozialistischen Internationalen. Von den Nazis wurde der 1. Mai seiner marxistischen Tradition entledigt und aus ihm ein gesetzlicher Feiertag gemacht, begleitet von einer massiven Propagandakampagne. Am 1. Mai 1933 versammelte sich eine Menschenmenge von ungefähr 500.000 auf einem Feld nahe des Flughafens Tempelhof, um eine Rede Hitlers zu hören. Insgesamt beteiligten sich an diesem Tag ca. zehn Millionen Arbeiter an den überall in Deutschland stattfindenden Feierlichkeiten, an denen auch der ADGB bereitwillig teilnahm.<sup>4</sup> Die Ereignisse des Tages waren teilweise von der Absicht motiviert, den Grundstein für den nächsten Schritt des Regimes zu legen – eine Aktion zur Zerschlagung aller sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen.

Im ganzen Land sollten Gewerkschaftsgebäude besetzt, hochrangige Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet und Gewerkschaftsvermögen beschlagnahmt werden. Am 2. Mai 1933 wurden „spalterische“ Gewerkschaftsverbände abgeschafft und durch die Deutsche Arbeitsfront (DAF) ersetzt, eine Scheingewerkschaft unter der Leitung des NSDAP-Reichsorganisationsleiters Dr. Robert Ley (1890-1945). Die DAF war darauf ausgerichtet, den Arbeitern ein generelles Gefühl der Wertschätzung durch das Dritte Reich zu vermitteln, ohne ihnen irgendwelche praktischen Mittel zur Verfügung zu stellen, mit denen sie ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen hätten

---

<sup>4</sup> Ian Kershaw, *Hitler, 1889-1936: Hubris*. New York: Norton 1999, S. 476 (dt.: Ian Kershaw, *Hitler. 1889-1936*, übersetzt von Jürgen Peter Krause. München: Deutscher Taschenbuchverlag, 2002, S. 602).

vertreten können. Am 22. Juni 1933 verbot die Regierung schließlich die Sozialdemokratische Partei.

Während er fest entschlossen war, „marxistische“ Einrichtungen zu zerschlagen und den Weg zu einem Ein-Parteien-Staat einzuschlagen, war Hitler – bis zu einem gewissen Punkt – bereit, über katholische Interessen zu verhandeln. Den Regierungen der Weimarer Republik war es nie gelungen, mit deutschen Vertretern des Katholizismus und dem Vatikan zu einer Einigung über die Bedingungen eines angemessenen Verhältnisses zwischen dem Staat und der mächtigen internationalen Kirche zu kommen, der ungefähr ein Drittel der Deutschen angehörten. Hitlers Regierung schaffte nicht nur dies, sie fand darüber hinaus auch Wege, die katholische Kirche zur zumindest stillschweigenden Unterstützung einiger ihrer Ziele zu bringen. Hierzu gehörte auch die Auflösung der Zentrumspartei, die lange Zeit die Absicherung der religiösen und weltlichen Interessen der deutschen Katholiken als Teil ihres Daseinszwecks betrachtet hatte. Am 20. Juli 1933 unterzeichneten Vertreter des Deutschen Reiches und der katholischen Kirche ein Konkordat, welches das Verhältnis zwischen beiden Seiten regelte.

Am 14. Juli 1933, sechs Tage vor Unterzeichnung des Reichskonkordats, hielt Hitler eine Kabinettsitzung ab. Wie das Protokoll nahe legt, war Hitler zuversichtlich, das Abkommen würde das Regime durch Unterstützung in seinem „Kampf gegen das internationale Judentum“ stärken. (Hitler glaubte wahrscheinlich, dass der Vatikan Sanktionen oder Eindämmungsversuche gegen Deutschland – Bestrebungen, für die jener das „internationale Judentum“ verantwortlich machte – nicht unterstützen würde.) Obwohl die Katholiken Einwände gegen die anti-christlichen Elemente in der Nazi-Bewegung erhoben, war der Vatikan bereit, eine formale Beziehung zum NS-Staat einzugehen und katholische Bischöfe auf dessen Unterstützung zu verpflichten. Am selben Tag wurde die NSDAP zur einzigen rechtmäßigen Partei in Deutschland erklärt. Zusammengenommen markierten diese beiden Schritte – die Unterzeichnung des Reichskonkordats und die Abschaffung aller anderen Parteien – die Konsolidierung der NS-Diktatur. Theoretisch war der greise Hindenburg noch Reichspräsident, doch er war nicht viel mehr als eine Galionsfigur. In Einzelfällen gelang es ihm, Hitlers Impulse zu mäßigen, doch blockieren konnte er sie nie.

Hitler und sein engerer Kreis hoher Nazi-Funktionäre kontrollierten nun die Spitze des Staates und seiner Polizeibehörden. Ein großer Teil der Regierung wurde jedoch noch immer von denjenigen geleitet, die bereits vor 1933 im Amt waren. Das Beamtentum existierte weiter;

Einrichtungen wie das Militär, das Außenministerium und die Justiz waren nur in geringem Maß von Anhängern der Nazis infiltriert. Das Verhältnis zwischen Staat und Partei mit ihrer Vielzahl an Unterorganisationen würde noch zu bestimmen sein. Würde Hitler sich dafür entscheiden, durch die Partei oder durch den Staat zu regieren?

Ernst Röhm (1887-1934), Stabschef der paramilitärischen Sturmabteilung (SA), verkörperte die potenziell destabilisierenden Kräfte innerhalb der NSDAP selbst. Als Reichswehroffizier hatte er Hitler in den frühen 1920er Jahren dabei geholfen, den kleinen Münchener Verein, der als Deutsche Arbeiterpartei bekannt war, in eine Massenorganisation zu verwandeln. Röhm, ein Schläger und als homosexuell bekannter Aktivist, verachtete bestehende Eliten und war mehr als bereit, zur Zerschlagung traditioneller Regierungs- und Privatorganisationen beizutragen. Doch Röhm und seine SA wurden bald zum Hindernis – und sogar zur Bedrohung – für die Bemühungen der Nazis, Deutschlands militärische Stärke auszubauen, da die Reichswehr sich durch die Schläger, die die Ränge von Röhm's enormer paramilitärischer Organisation füllten, bedroht fühlte. Nachdem er die Veteranenorganisation „Stahlhelm“ in die SA integriert hatte, befahl Röhm eine Truppe von mehr als vier Millionen Männern.

Rivalitäten innerhalb der Nazi-Bewegung trugen zu einem dramatischen Bruch bei. Sowohl Heinrich Himmler, Reichsführer SS, als auch Hermann Göring, Reichsminister für Luftfahrt und preußischer Ministerpräsident, betrachteten Röhm als eine Bedrohung ihres jeweiligen Machtbereichs und ihrer eigenen Ambitionen. Daher verbreiteten sie Gerüchte, die SA plane, die Reichswehr zu übernehmen oder zu ersetzen und versuchten, Hitler zu überzeugen, dass Röhm sich zum Putsch gegen ihn verschworen habe. Nach anfänglichem Zögern beschloss Hitler schließlich, Röhm, einen seiner ältesten Kameraden, zu beseitigen. Zwischen dem 30. Juni und dem 2. Juli 1934 ermordeten ausgewählte Trupps von Himmlers SS mindestens 85 führende SA-Funktionäre und andere lästige Gegner des Regimes in einer „Säuberungsaktion“ mit dem Codenamen „Aktion Kolibri“. (Das Ereignis wird zumeist als Röhm-Putsch bezeichnet, eine von den Nazis verbreitete Bezeichnung, die impliziert, dass sie zum Handeln gezwungen gewesen seien, um einen drohenden Putsch zu verhindern.) Am Vormittag des 30. Juni 1934 wurde Röhm verhaftet und in das Gefängnis München-Stadelheim gebracht, wo er am 1. Juli von der SS erschossen wurde. Unter den von der SS während der Aktion ermordeten politischen Gegnern Hitler war auch der ehemalige Reichskanzler Kurt von Schleicher (1882-1934); seine Frau erlag ihren Schussverletzungen im Krankenhaus.

Mit einem Schlag war die SA als nennenswerte politische Kraft ausgelöscht worden. Hitler konnte nun die militärische Stärke Deutschlands auf Grundlage der regulären Streitkräfte ausbauen. Einige Reichswehroffiziere waren sogar so töricht, den 30. Juni als einen Sieg zu feiern und dabei die Tatsache zu übersehen, dass auch zwei ehemalige Generäle (Schleicher und Ferdinand von Bredow) ermordet worden waren. Rückblickend liegt die wahre Bedeutung der „Aktion Kolibri“ jedoch darin, dass der Regierungschef, unabhängig und aus eigener Initiative handelnd, offensichtlichen Massenmord legitimiert hatte – ohne jegliches Gerichtsverfahren – und dass die Nation größtenteils der Nazi-Propaganda Glauben schenkte, die diesen Schlag als notwendig darstellte. Das Kabinett erklärte die Aktion rückwirkend für rechtmäßig. Selbst Victor Klemperer hatte sich zumindest teilweise täuschen lassen, als er in seinem Tagebuch schrieb: „Er [Hitler] fühlt sich nicht als Mörder. Tatsächlich hat er wohl auch aus Notwehr gehandelt und ein wesentlich schlimmeres Blutvergießen vermieden. Aber *er* hat doch diese Menschen auf ihre Posten gestellt, *er* ist doch der Autor dieses Systems des Absolutismus. [ . . . ] Das Gräßliche ist, daß ein europäisches Volk sich solch einer Bande von Geisteskranken und Verbrechern ausgeliefert hat und sie noch immer erträgt.“<sup>5</sup>

## II. Der NS-Staat

Überlegungen und Strategien, um das ungeklärte Verhältnis zwischen dem von den Nazis kontrollierten Staatsapparat und der NSDAP festzulegen, bestanden bereits vor der Beseitigung Röhm's. Schon am 1. Dezember 1933 hatten Hitler und sein Kabinett das „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ erlassen, dessen erster Paragraph lautet: „Nach dem Sieg der nationalsozialistischen Revolution ist die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staate unlöslich verbunden.“ Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes ernannte Hitler eine Reihe hochrangiger Parteifunktionäre (wie Rudolf Hess) und SA-Funktionäre zu Regierungsmitgliedern und bestärkte damit die generelle Aussage, dass die Partei und ihre Unterorganisationen im Zentrum des neuen Systems standen. Letztlich blieb das Gesetz jedoch im Hinblick auf die tatsächlichen Funktionen von Parteifunktionären und -mitgliedern unklar. Außerdem war es so vage formuliert, dass ihm tatsächlich keine bindende Regelung des Verhältnisses von Partei und Staat zu entnehmen war.

---

<sup>5</sup> Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten, Tagebücher 1933-1941*. Berlin: Aufbau-Verlag 1999, S. 122 (Eintrag vom 14. Juli 1934).

Bei einer Sitzung der Gauleiter am 2. Februar 1934 forderte Hitler von der Partei die Unterstützung der Regierung „in jeder Art und Weise“. Zahlreiche Parteifunktionäre mit guten Verbindungen waren bereits in Regierungsposten aufgestiegen, doch gab es zahlreiche weitere „Alte Kämpfer“, die mit dem Ausmaß der Revolution oder ihrem Anteil an deren Beute noch immer unzufrieden waren. Hitler betonte die Notwendigkeit der Einigkeit innerhalb der Partei auf der Grundlage des „Führerprinzips“ und gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass nur eine vereinte Partei eine vereinte Nation schaffen könne. Sein Aufruf zur Einheit entsprang jedoch zumindest teilweise seiner Sorge angesichts parteiinterner Gruppenbildung, wie die SA sie verkörperte.

Während der gesamten Dauer des Dritten Reiches blieb das Stiften eines Gemeinschaftssinns in der Mehrheit der Bevölkerung ein zentrales Anliegen der NSDAP, die auf dem Gipfel ihrer Macht ungefähr zehn Prozent der Deutschen zu ihren Mitgliedern zählte.<sup>6</sup> Nach 1933 genossen Hitler und das Regime insgesamt breite Unterstützung, da die Arbeitslosigkeit zurückging und Deutschlands militärische und diplomatische Stärke wuchs. Erst wesentlich später führten die Belastungen eines in die Länge gezogenen, totalen Krieges zu ernsthaften Moralproblemen. Am 29. September 1943 erließ der Chef der Parteikanzlei Martin Bormann (1900-1945) eine Anordnung, die erläuterte, wie die NSDAP-Führung die Parteiorganisation nutzen wollte, um die Negativität in der leidenden Bevölkerung zu bekämpfen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Anziehungskraft der Parteimitgliedschaft jedoch in direktem Verhältnis zu den militärischen Niederlagen Deutschlands abgenommen. Die Parteiorganisation war selbst der sinkenden Moral zum Opfer gefallen.

### **III. SS und Polizei**

Die herausragende, Zwang ausübende Gewalt im Dritten Reich war nicht die NSDAP selbst, sondern vielmehr die SS, welche sich von ihren bescheidenen Anfängen als nachgeordnete Gruppe zur mächtigsten und am meisten gefürchteten Organisation des Landes entwickelt hatte. Ab 1929 entwickelte sich die SS als eine straffer organisierte, diszipliniertere Alternative zu Röhm's SA: eine paramilitärische Einheit, die sich außerdem als Nazi-Elite betrachtete. Nach

---

<sup>6</sup> Eine gute Analyse der Parteimitgliedschaft der NSDAP bietet Michael H. Kater, *The Nazi Party: A Social Profile of Members and Leaders, 1919-1945*. Cambridge: Harvard University Press, 1983.

der Nazi-Revolution expandierte die SS und fächerte sich auf, sie wurde größtenteils unabhängig von der Parteiorganisation und schloss sich mit verschiedenen Teilen der Regierung zusammen.

Die SS war das Geistesprodukt Heinrich Himmlers (1900-1945). Der Sohn eines bayerischen Gymnasiallehrers wirkte dumpf, pedantisch und humorlos. Doch er besaß eine Zahl von Eigenschaften, die dem Regime äußerst nützlich waren: Organisationstalent, absolute Hingabe an die Sache und eine verschlagene innere Natur, die sich hinter dem gelassenen Äußeren verbarg. Als junger Mann führte Himmler akribisch genaue Aufzeichnungen, einschließlich eines Tagebuches und einer mit Anmerkungen versehenen Lektüreliste, die beide noch existieren.<sup>7</sup> Himmlers mit Kommentaren versehene Ausgabe von Hitlers *Mein Kampf* ist ebenfalls erhalten und wird im *Museum of Jewish Heritage* in New York aufbewahrt. Himmlers Unterstreichungen und Randnotizen zeigen, dass Hitlers Text ihm eine Fülle von Ideen lieferte, von denen er viele als geeignet für die praktische Anwendung in der SS hielt. So schrieb er beispielweise neben eine Passage über die Bedeutung der Schaffung von Selbstbewusstsein und eines Sinnes für rassistische Überlegenheit in der deutschen Jugend „Erziehung von SS und SA.“ 1927, sechs Jahre bevor die Nazis an die Macht kamen, hatten Hitlers langatmige Überlegungen zu Rassenreinheit und den Gefahren der Rassenmischung Himmler zu der gekritzelten Anmerkung veranlasst: „die Möglichkeit der Entmischung ist vorhanden.“ Sowohl Hitlers Text als auch Himmlers Anmerkungen beweisen, dass Gedanken zur Säuberung der deutschen Bevölkerung durch Entfernung der Quellen „biologischer Verunreinigung“ bereits lange vor 1933 im Umlauf waren. Himmlers späterer Erfolg lässt sich zumindest teilweise auf seine frühe Beschäftigung mit Hitlers Rassentheorie und seiner Fähigkeit, diese innerhalb der SS anzuwenden, zurückführen.

Himmler war katholisch erzogen worden, aber ein vehementer Gegner der Kirche. Doch studierte er den Erfolg der Jesuiten und versuchte, die SS zu einem Elite-Männer-„Orden“ zu machen – genauer gesagt, zu einem Orden von Elitenkämpfern mit unverkennbarer Form und Beschaffenheit. Sein erster Schritt bestand darin, sicherzustellen, dass SS-Mitglieder die rassistischen Kriterien erfüllten, was eine rein „arische“ Abstammung bedeutete. Ob sie entsprechend aussahen oder nicht, SS-Offiziere mussten nachweisen, dass ihr Stammbaum bis

---

<sup>7</sup> Zu Himmlers frühen Jahren vgl. Bradley F. Smith, *Heinrich Himmler: A Nazi in the Making, 1900-1926*. Stanford: Hoover Institution Press, 1971 (dt.: Bradley F. Smith, *Heinrich Himmler 1900-1926. Sein Weg in den deutschen Faschismus*. München: Bernhard und Graefe, 1979).

zum Jahr 1750 zurück keine Juden enthielt; die unteren Ränge mussten ihre arische Abstammung bis 1800 nachweisen. Himmler, der während seiner Ausbildung zum Landwirt die vorherrschenden Theorien der Eugenik übernommen hatte, übertrug seinen Männern keine geringere Aufgabe als die Aufwertung des Gen-Pools der deutschen Bevölkerung. Wenn die SS-Männer Deutschland mit dem zukünftigen Rassenadel versorgen sollten, so musste der rassischen „Eignung“ ihrer Frauen allerdings gleiche Beachtung geschenkt werden. Folglich behielt sich die SS das Recht vor, die Heiratswünsche ihrer Mitglieder zu genehmigen oder abzulehnen. Die Anträge wurden vom Rassenamt-SS (1933 in Rasse- und Siedlungsamt umbenannt) untersucht, das bis 1938 von Richard Walter Darré (1895-1953) geleitet wurde. Als Begründer der nationalsozialistischen „Blut- und Boden-Ideologie“ vertrat Darré das Konzept eines nordisch-deutschen Landadels. Am 29. Juni 1933 wurde er zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernannt.

Nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler übernahm Himmler die Kontrolle über die politische Polizei Bayerns und ging dann nach und nach dazu über, die Kontrolle über die politischen Polizei in den anderen deutschen Ländern an sich zu reißen, wobei er die SS stets fest im Griff behielt. Ein bedeutender Schritt in dieser Entwicklung vollzog sich am 20. April 1934, als Göring in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident Himmler zum stellvertretenden Chef und Inspekteur der Gestapo ernannte. Zunächst war Reinhard Heydrich (1904-1942), Himmlers rechte Hand, mit der direkten Leitung der Gestapo beauftragt. Heydrich war zu diesem Zeitpunkt bereits Chef des SD (Sicherheitsdienst), des Nachrichtendienstes der SS. Später wurde Heinrich Müller (1900-1945?) Amtschef der Gestapo, ein erfahrener bayerischer Kriminalbeamter, der 1934 der SS beigetreten war und erst 1939 NSDAP-Mitglied wurde.

Heydrich, ehrgeizig, talentiert und tatkräftig, war jemand, der nicht leicht zu bremsen war. Doch erkannte er bereits früh, dass er von der Ausdehnung und dem wachsenden Einfluss der SS und dem Polizeiapparat profitieren könnte – und würde – und das bedeutete, Himmler zu dienen. Genau das tat Heydrich bis zum Juni 1942, als er an den Folgen eines durch tschechische Widerstandskämpfer in Prag durchgeführten Attentats starb. In einer geheimen Rede vor hochrangigen Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes am 30. Januar 1943 (dem 10. Jahrestag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler) berichtete Himmler von seiner ersten Begegnung mit Heydrich und wie die beiden vor und nach der Machtübernahme der Nazis zusammengearbeitet hatten. Obwohl der Anlass die Ernennung von Ernst Kaltenbrunner zu Heydrichs Nachfolger als Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) war, nutzte

Himmler seine Rede hauptsächlich als Gelegenheit, um Heydrichs zu gedenken und ihn als Vorbild für andere hochrangige Beamte des RSHA darzustellen.

Mitte der 30er Jahre geriet Himmler in Konflikt mit dem Reichsminister des Innern, Wilhelm Frick, seinem nominellen Vorgesetzten (denn die Polizeiverwaltung war ein Zuständigkeitsbereich des Ministeriums). Frick beschwerte sich darüber, dass insbesondere die Gestapo gegen seine Regeln und Zuständigkeit verstieß, indem sie das Rechtssystem umging und Maßnahmen wie die „Schutzhaft“ exzessiv benutzte, um Personen zu entfernen, die sie für gefährlich hielt. Im Juni 1936 beendete Hitler den Streit mit einem Erlass zur „einheitlichen Zusammenfassung der polizeilichen Aufgaben im Reich“, durch den Himmler zum „Chef der deutschen Polizei“ ernannt wurde. Obwohl Himmler sich nach dieser Maßnahme noch immer innerhalb des Reichsinnenministeriums befand, eine Tatsache, die sich in seinem sperrigen neuen Titel – Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei – ausdrückte, war sein Gewinn weitaus größer als sein Verlust. Hitler hatte volles Vertrauen in Himmler signalisiert und Frick gab seine Bemühungen, die Polizei zu zügeln, weitestgehend auf.

Seit Mitte der 30er Jahre gehörte die weltanschauliche Erziehung durch SS-Mitglieder zur Ausbildung in den Polizeischulen. Obwohl Himmler die SS und die Polizei einander angenähert hatte, verschmolzen sie nie ganz. Seine Bemühungen, in beiden Organisationen strenge Verhaltensregeln geltend zu machen, spiegeln sich in Hitlers Erlass vom 15. November 1941 wider, der für homosexuelle Handlungen unter Mitgliedern der SS oder der Polizei die Todesstrafe verhängte. Sowohl Hitler als auch Himmler sahen Homosexualität als ein willentliches oder angeeignetes Verhalten, nicht eine angeborene Neigung. Darüber hinaus hatte Himmler die männliche Homosexualität schon seit langem als eine ernsthafte Bedrohung für die Fortpflanzungsfähigkeit in Deutschland betrachtet. Nach deutschem Recht war Homosexualität strafbar und konnte zu einer Zuchthausstrafe, „Schutzhaft“ oder der Verschleppung in ein Konzentrationslager führen. Für Personen innerhalb Himmlers eigenen Reiches waren die Strafen jedoch wesentlich härter. Zwar wurde gelegentlich in Einzelfällen Gnade gewährt, doch Hitler und Himmler ergriffen die denkbar strengsten Maßnahmen, um die Homosexualität in den beiden verzahnten männlichen Elite-Organisationen des Regimes auszurotten.

Inzwischen ist die Vorstellung, dass Nazi-Deutschland einen übermächtigen Polizeiapparat besessen habe, der die allgemeine Bevölkerung vollkommen terrorisierte oder einschüchterte,



von der Forschung widerlegt worden.<sup>8</sup> Von 1933 bis 1939 hatten Deutsche mit den richtigen „rassischen“ Merkmalen und ohne eine Vorgeschichte politischer Opposition gegen die Nazis wenig zu befürchten, vorausgesetzt, sie sprachen sich nicht öffentlich gegen das Regime aus. Die Polizeikräfte waren weder so zahlreich noch so effizient, dass sie die gesamte Bevölkerung hätten lückenlos überwachen können; sie waren für Informationen über Verstöße gegen das Gesetz oder die Verhaltensmaßregeln der Nazis vielmehr auf Kooperation – und Informanten – aus der Bevölkerung angewiesen. Oft bekamen sie, was sie brauchten, teilweise deshalb, weil das Nazi-Regime populär war – und Hitler insbesondere. Nachdem der Krieg begonnen hatte, verschärften hochrangige SS-Funktionäre jedoch ihre Sicherheitsstandards. Besessen von dem, was sie als Zusammenbruch der deutschen Moral während des Ersten Weltkrieges ansahen, wollten Hitler und Himmler eine Wiederholungssituation vermeiden. Dementsprechend gab Heydrich einen strengen Erlass heraus, der das Äußern von Zweifeln über einen militärischen Sieg Deutschlands unter Strafe stellte. Seine Richtlinien erwähnen die „Sonderbehandlung“, einer der vielen Nazi-Euphemismen, in diesem Fall für die Hinrichtung.

Der Kriegszustand bot den Nazis eine willkommene Gelegenheit, die deutsche Gesellschaft von „unreinen“ oder „unerwünschten“ Elementen zu säubern. Zusätzliche Konzentrationslager wurden in den annektierten oder besetzten Gebieten errichtet, teilweise um potenzielle oder tatsächliche Herde des Widerstands gegen die lokale Herrschaft der Nazis auszulöschen. Am 2. Januar 1941 versuchte Heydrich, ein gewisses Maß an Logik in das sich ausweitende Lagersystem zu bringen, indem er die Gefangenen nach der Schwere ihrer Vergehen kategorisierte und sie den entsprechenden Lagern zuteilte. Sein Erlass wurde u.a. an das RSHA, alle Staatspolizei(leit)stellen, alle Kommandeure von Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst sowie an die Lagerkommandanten verteilt, jedoch nicht an die örtlichen Polizeistellen. Diskrepanzen im Zugang zu Informationen charakterisierten nicht nur die SS, sondern auch das Regime als Ganzes. Heydrichs Erlass verdeutlicht zudem einen weiteren Punkt: nämlich dass die Ausweitung des Lagersystems bereits geplant war, als sein Schreiben verteilt wurde. Hier ist seine Erwähnung von Auschwitz I und Auschwitz II besonders wichtig, da Auschwitz im Januar 1941 noch aus einem einzigen Lager hauptsächlich für polnische Gefangene bestand.

---

<sup>8</sup> Vgl. z.B. Robert Gellately, *Backing Hitler: Consent and Coercion in Nazi Germany*. New York: Oxford University Press, 2001 (dt.: Robert Gellately, *Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk*, übersetzt von Holger Fliessbach. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 2002).

Letztlich spiegelte das sich ausdehnende Lagersystem nicht die abgestuften Kategorien wider, die Heydrich entworfen hatte. Stattdessen trugen die Besetzung weiterer Gebiete, Arbeitskräftemangel und eine verschärfte Verfolgung zu einer allgemeinen Ausweitung und Auffächerung des Lagersystems unter der Leitung des ehemaligen Marineoffiziers Oswald Pohl (1892-1951) bei, der einer der zuverlässigsten Untergebenen Himmlers war. 1942 wurde Pohl Leiter des umstrukturierten SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt. Obwohl Pohl bereits seit Beginn des Krieges die Aufsicht über die meisten Wirtschafts- und Verwaltungsangelegenheiten hatte, bedeutete die Unterstellung des Lagersystems unter sein Amt einen erweiterten Verantwortungsbereich.

Pohls Bericht vom 30. April 1942 umreißt die Entwicklung der Konzentrationslager und hebt die verstärkte Nutzung der Häftlingsarbeit zur Steigerung der Rüstungsproduktion hervor. Bestimmte Lager wurden jedoch auch genutzt, um Personen zu „verwahren“, die unter Verdacht standen, sich am Widerstand gegen die deutsche Besetzung beteiligt zu haben. Am 7. Dezember 1941 hatte Hitler den „Nacht-und-Nebel-Erlass“ erteilt, in dem er das „Verschwinden“ (geheime Festnahme, Verschleppung nach Deutschland und Inhaftierung) solcher Verdächtigter anordnete.

Um ein Bild des täglichen Lebens in den Lagern rekonstruieren zu können, haben Historiker in großem Umfang Interviews mit befreiten Gefangenen, mündliche Überlieferungen, Nachkriegserinnerungen und selbst Romane von Überlebenden verwendet. Ein solcher historischer Bericht wurde von Benedikt Kautsky (1894-1960) geliefert, der die Gefangenschaft in Dachau, Buchenwald und Auschwitz von 1938 bis 1945 überlebte. Benedikt Kautsky war der Sohn des bekannten politischen Denkers und prominenten deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky (1854-1938), in seinem Bericht gliederte er die interne Hierarchie der Lagerinsassen auf und beschrieb den täglichen Kampf ums Überleben.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Kautskys Beispiel der Analyse sozialer Abgrenzung unter Gefangenen folgend, Wolfgang Sofsky, *Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager*. Frankfurt am Main: S. Fischer, 1993.

#### **IV. Der organisierte Widerstand**

Die Überreste kommunistischer und sozialdemokratischer Organisationen versuchten, Untergrundnetzwerke zu erhalten, die zumindest in der Lage sein sollten, Informationen über Erfolg oder Misserfolg von Maßnahmen des NS-Regimes zu sammeln und antinazistische Schriften zu verbreiten. Mit der Zeit entwickelten sich weitere Widerstandszellen unter jenen Deutschen, die wegen ihrer starken politischen, ethischen oder religiösen Überzeugung das Nazi-Regime zutiefst verabscheuten. Eine Gruppe einst mächtiger Militäroffiziere unter der Führung Ludwig Becks (1890-1944), der 1938 als Generalstabschef des Heeres zurückgetreten war, spielte mit dem Gedanken, Hitler gewaltsam zu entmachten, um einen Krieg zu verhindern. Es gelang ihnen jedoch nicht, genug Rückhalt in der militärischen Führungsspitze zu gewinnen. Wie bei anderen Widerstandsgruppen auch, wurde ihr Vorhaben durch Hitlers Popularität und seine zahlreichen außenpolitischen Erfolge erschwert.

Zunächst stärkten die deutschen militärischen Siege das öffentliche Vertrauen in das Regime. Die vor dem Krieg existierende Unterscheidung zwischen Hochverrat und Landesverrat schien zu verblässen, sobald deutsche Soldaten, Matrosen und Piloten im Fronteinsatz waren. Für einige Offiziere stellte der Eid, den sie auf Hitler persönlich geschworen hatten (dieser wurde im August 1934 direkt nach Hindenburgs Tod eingeführt), einen weiteren Anlass zur Ablehnung des Widerstands dar. Außerdem setzten die Verschwörer ihre Reputation aufs Spiel, da Umsturzpläne gegen das Regime in Kriegszeiten zweifellos als „Dolchstoß“ gegen die deutschen Truppen an der Front dargestellt werden würden – Hitlers übliche (unzutreffende) Anschuldigung gegen die Revolutionäre vom November 1918. Und nicht zuletzt bedeuteten Umsturzpläne natürlich auch, die eigene sowie die Hinrichtung von Familienmitgliedern zu riskieren.

Der protestantische Theologe Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) machte auf die geistige Isolation der Gegner des NS-Regimes aufmerksam. Er versuchte, den offensichtlichen Mangel an deutscher Zivilcourage mit einem Verweis auf das traditionelle deutsche Freiheitsverständnis zu erklären – ein Verständnis, das es versäumte, zu individuellem Verantwortungsbewusstsein aufzufordern. Als Mitglied der Bekennenden Kirche erhielt er Predigt- und Lehrverbot, setzte aber seine Arbeit zeitweilig illegal fort. Während des Krieges schloss er sich der Widerstandsgruppe im Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht an. Die Gestapo verhaftete Bonhoeffer am 5. April 1943 unter dem Vorwurf der Wehrkraftzersetzung.

Nachdem er zwei Jahre inhaftiert gewesen war, wurde er am 8. April 1945 hingerichtet, einen Monat, bevor der Krieg in Europa endete.

Die an der Ludwig-Maximilians-Universität in München entstandene Gruppe „Die Weiße Rose“ war eine der artikuliertesten Widerstandsgruppen. Sie bestand im Kern aus fünf Studenten, den Geschwistern Hans (1918-1943) und Sophie Scholl (1921-1943), Alexander Schmorell (1917-1943), Christoph Probst (1919-1943) und Willi Graf (1918-1943); später stieß auch der Universitätsprofessor Karl Huber (1893-1943) dazu. Die Gruppe verschickten und verteilte eine Reihe von sechs Flugblättern mit dem Ziel, die Bevölkerung zu informieren und zum aktiven Widerstand aufzurufen. Ihr fünftes Flugblatt, das im Januar 1943 verteilt wurde, ist bemerkenswert aufgrund der Gewissheit, mit welcher die militärische Niederlage Deutschlands vorausgesagt wird. Beachtenswert ist ebenfalls, dass das Flugblatt das Schicksal der Juden nur flüchtig andeutet – vermutlich glaubten die Verfasser, dass diesbezügliche Informationen der Bevölkerung bereits hinreichend bekannt seien.

Der Jurist und Diplomat Adam von Trott zu Solz (1909-1944) versuchte, einen Mittelweg für eher konservative Elemente innerhalb des Widerstands einzuschlagen; zudem versuchte er bereits früh, die Alliierten über die Opposition gegen Hitler zu unterrichten. Im September 1939 reiste Trott zu einer Konferenz in die USA. Dort knüpfte er heimlich Kontakte zu deutschen Emigranten und Mitarbeitern des amerikanischen Außenministeriums, jedoch mit geringem Erfolg.<sup>10</sup> Im Dezember 1941 versuchte er erneut, den Alliierten Informationen über den deutschen Widerstand zukommen zu lassen, dieses Mal über einen Mitarbeiter des *American National Council of Student Christian Associations* in Genf. Der britische Geheimdienst, das F.B.I. und das *Office of Strategic Services* (OSS) billigten allesamt diese Kontaktaufnahme, die ursprünglich in Rio de Janeiro stattfinden sollte. Trott berichtete, der Widerstand beruhe auf der Kooperation zwischen bestimmten Gewerkschaftsführern, den Kirchen und dem Militär, wobei letzteres die führende Rolle spiele. Er legte ebenfalls dar, dass sich ein Staatsstreich erst „nach Zerschlagung der militärischen Macht Deutschlands“ ereignen könne.

Helmuth James von Moltke (1907-1945), dessen Familienname praktisch in jedem deutschen Haushalt ein Begriff war – sein Großonkel Helmuth von Moltke (1800-1891) war der erfolgreiche Stratege des Deutsch-Französischen Krieges gewesen – war ein vehementer, kompromissloser

---

<sup>10</sup> Peter Hofmann, *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*. München: Piper, 1969, S. 148-54) .

Gegner der Nazis. Moltke war Sachverständiger für Völkerrecht beim Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht und organisierte eine Widerstandsgruppe, die später als Kreisauer Kreis bekannt wurde (Kreisau war der Name des schlesischen Familiensitzes der Moltkes, wo die Treffen der Gruppe abgehalten wurden). Im Juli 1943 reiste er in die Türkei, wo er sich mit zwei deutschen Emigranten, Hans Wilbrandt und Alexander Rüstow, beides Regimegegner, traf. Einige der Informationen Moltkes waren von potenziellem militärischem Wert für die Alliierten, und er bat die beiden, diese weiterzuleiten. Er gab außerdem eine Schilderung des Warschauer Ghettoaufstands vom April-Mai 1943 ab. Die Informationen, die er ihnen hierüber gab, beinhalteten jedoch eine falsche (d.h. übertriebene) Beschreibung dessen, wie viel Unterstützung die jüdischen Kämpfer von außen bekommen hatten und über wie viele Waffen sie verfügten. Anscheinend stammten die überhöhten Zahlen von SS-Angehörigen, die gegenüber dem deutschen Militär eine Erklärung für ihre Schwierigkeiten bei der Niederschlagung des Aufstandes brauchten. Moltke berichtete allerdings zutreffend, dass Transporte von Juden aus dem Warschauer Ghetto in „Vernichtungseinrichtungen“ in Polen geschickt worden waren.<sup>11</sup> Im Januar 1944 wurde Moltke schließlich verhaftet. Ein Jahr später wurde er zum Tod verurteilt und am 23. Januar 1945 hingerichtet.

Das militärische und politische Führungspersonal im Widerstand gegen die Nazis hoffte darauf, vor einer möglichen deutschen Niederlage mit den Alliierten in Verhandlungen über Friedensbedingungen treten zu können. Sie wollten die Bedingungen einer solchen Übereinkunft dazu nutzen, um stärkeren Rückhalt innerhalb des Militärs zu gewinnen. Während die Alliierten bereit waren, jegliche Informationen des Widerstands zu empfangen, hielten sie jedoch an ihrer öffentlich verkündeten Politik der bedingungslosen Kapitulation fest. Schließlich beschlossen die Mitglieder des militärischen Widerstands, spät im Krieg noch zu handeln, um die völlige Zerstörung ihres Heimatlandes zu verhindern, um etwas an Ehre zu bewahren – und um zu zeigen, dass nicht alle Deutschen die Verbrechen und allumfassenden militärischen Ziele des Regimes unterstützten.

---

<sup>11</sup> Der Bericht vom 9. Juli 1943 ist lediglich als WRu-OKW identifiziert; diese Abkürzung bedeutet, dass Wilbrandt und Rüstow die Informationen von einer OKW-Quelle erhielten. Ein späteres Dokument, ein Bericht vom 14. September 1943 aus Cereus, nennt Moltke explizit als Quelle des Berichts vom 9. Juli. U.S. National Archives, Record Group 226, Entry 137, Box 23, Folder 160, envelope 3a, part 2. Für zusätzliche Belege zu Moltkes Reise nach Istanbul und sein Treffen mit Wilbrandt und Rüstow siehe Helmut von Moltke, *Briefe an Freya*. München: C.H. Beck, 1988. Zu Moltkes Bemühungen, Alexander Kirk zu kontaktieren vgl. *USA und deutscher Widerstand*, herausgegeben von Jürgen Heideking und Christof Mauch. Tübingen: Francke Verlag, 1993, S. 52-59.

Der Kopf des berühmten Attentats- und Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 war Claus Graf Schenk von Stauffenberg (1907-1944), Mitglied des schwäbisch-katholischen Adels und Nachfahre des preußischen Generals, Reformers und Helden der Napoleonischen Kriege, August Graf Neidhardt von Gneisenau (1760-1831). Während er im April 1943 in Nordafrika kämpfte, war Stauffenberg schwer verletzt worden und verlor sein linkes Auge, seine rechte Hand und zwei Finger der linken. Nach seiner Genesung wurde er zunächst Stabschef im Allgemeinen Heeresamt und dann im Juni 1944 Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres, General Friedrich Fromm (1888-1945).

Stauffenberg und die anderen militärischen Widerständler veränderten bestehende Pläne mit dem Codenamen „Walküre“, nach denen das Ersatzheer eingesetzt werden sollte, um mögliche innere Unruhen gegen das NS-Regime zu unterdrücken. In ihren Händen wurde aus der „Operation Walküre“ ein Plan für einen durch Befehle zur Unterdrückung eines Aufstands getarnten Staatsstreich. General Fromm wusste von der Verschwörung, verweigerte jedoch letztlich eine aktive Beteiligung. Stauffenberg gehörte zu den wenigen Personen, die tatsächlich in der Lage waren, ein Attentat zu verüben, da er direkten Zugang zu Hitler hatte. Seit Mitte des Jahres 1944 nahm er an militärischen Lagebesprechungen in der „Wolfsschanze“, Hitlers Hauptquartier in Ostpreußen, teil. Am 20. Juli 1944 ließ Stauffenberg eine Bombe explodieren, die er in seiner Aktentasche in die Wolfsschanze gebracht hatte. Nachdem er die Explosion gesehen hatte, von der er glaubte, dass sie ihren Zweck erfüllt habe, flog er eilig nach Berlin zurück, um den Staatsstreich zu leiten.

Die Geschichte des Beinahe-Erfolges und letztlich Scheiterns sowohl des Attentats als auch des Staatsstreichs ist wiederholt erzählt worden.<sup>12</sup> Hitler überlebte die Explosion um 12.42 Uhr mit nur leichten Verletzungen. Nachdem sie mehrere Stunden auf schlüssige Informationen von Stauffenberg gewartet hatten, gingen seine Mitverschwörer in Berlin nach Plan vor und erteilten per Fernschreiber offiziell Befehle. Die Anordnung bestimmter Maßnahmen, wie die Eingliederung der Waffen-SS ins Heer und die Ausschaltung des SD zeigten, dass diese Befehle nicht dazu gedacht waren, das NS-Regime aufrecht zu erhalten.

Hitlers Überleben, entsprechende Radiomeldungen sowie seine eigene Radioansprache am selben Abend machten jegliche Chance, die der Staatsstreich hatte, zunichte, da

---

<sup>12</sup> Vgl. Peter Hoffmann, *Stauffenberg und der 20. Juli 1944*. München: C.H Beck, 1998; und Joachim Fest, *Staatsstreich: Der lange Weg zum 20. Juli*. Berlin: Siedler, 1994.

Wehrmachtsoffiziere, die vielleicht gegen Himmler oder Goebbels gekämpft hätten, ihr Leben niemals gegen Hitler einsetzen würden. Zudem fehlte es dem Staatsstreich an Unterstützung in der Bevölkerung. Sein Scheitern und die folgenden Hinrichtungen von Nazi-Gegnern bedeuteten, dass sowohl der Krieg als auch die Rassenpolitik der Nazis noch fast weitere zehn Monate andauern würden.

## V. Rassenpolitik

Im Einklang mit der vorherrschenden wissenschaftlichen Weisheit zur Jahrhundertwende strebten viele deutsche Biologen, Anthropologen und Ärzte danach, genetische Defekte auf die eine oder andere Weise aus der Bevölkerung auszumerzen. Zeitgenössisches Denken über „Rassenhygiene“ beeinflussten Hitler und andere führende Nazis, die rassistischen Antisemitismus mit größeren Plänen zur Säuberung der deutschen oder „arischen“ Bevölkerung verbanden.<sup>13</sup> Sie betrachteten die Juden als die größte und gefährlichste Ursache von rassistischer „Verunreinigung“, Krankheiten und Kriminalität. Darüber hinaus glaubten sie, die Juden seien zur Änderung unfähig, da ihre Eigenschaften und ihr Verhalten angeblich in ihrem Blut veranlagt seien. Doch auch andere Nationalitäten und selbst bestimmte Teile der deutschen Bevölkerung wurden als genetisch minderwertig, unrein oder beides angesehen. Einflussreiche Wissenschaftler aus den Bereichen der Biomedizin und der Sozialwissenschaften hatten bereits die Grundsteine dieser Ideen gelegt und zu einem gewissen Grad sogar deren Anwendung durch die Nazis unterstützt.

Kurz nachdem sie an die Macht gekommen waren, setzten die Nazis eine Reihe von Maßnahmen in die Tat um, die Deutschland auf den Weg zu einer Rassegemeinschaft bringen sollten, indem sie „ungesunde“ oder „gefährliche“ Elemente der Bevölkerung aussonderten oder beseitigten und diejenigen angeblich arischer Abstammung förderten.<sup>14</sup> Zahlreiche Faktoren – darunter wissenschaftliche Experimente, das Wettstreiten rivalisierender Behörden, äußere

---

<sup>13</sup> Robert Proctor, *Racial Hygiene: Medicine under the Nazis*. Cambridge: Harvard University Press, 1988.

<sup>14</sup> Michael Burleigh und Wolfgang Wippermann, *The Racial State: Germany 1933-1945*. Cambridge: Cambridge University Press, 1991.

Zwänge, bewusste Vorausplanung und militärische Erfolge – trugen während des Krieges zur Eskalation der Verfolgung, zu Massenmord und Genozid bei.<sup>15</sup>

Historiker haben lange über die Zeitplanung und Motive spezifischer rassenpolitischer Maßnahmen der Nazis diskutiert. Eine frühe Studie (ursprünglich 1961 veröffentlicht, seitdem jedoch erweitert und revidiert) beschreibt den Anteil zahlreicher Regierungs-, Partei und Wirtschaftseinrichtungen an einem Prozess, der 1933 begann und organisch zu dem anwuchs, was als Holocaust bekannt wurde.<sup>16</sup> Eine weitere wichtige Arbeit untersucht die Wechselwirkung verschiedener Nazi-Programme der Eugenik, des Massenmords und des Genozids.<sup>17</sup> Die Forschung zu diesem Thema ist schwierig, da einige offizielle Entscheidungen niemals zu Papier gebracht wurden; in anderen Fällen wurden die Dokumente vernichtet. Zudem enthüllt die offizielle Korrespondenz selten die tatsächlichen Gründe für einzelne Aktionen, und die Bestimmung von Zielen bleibt oft ähnlich unklar. Die Ausgrenzung der Zielpersonen und empfundenen Feinde der Nazis – und später ihre Vernichtung – sollte ordentlich, mit möglichst wenig Echo in Deutschland geschehen.

Frühere Agitationen und Gewalttaten radikaler Nazis niedrigen Ranges gegen deutsche Juden hatten das Ansehen des neuen Regimes im Ausland geschädigt und drohten, ausländische Sanktionen zu provozieren. Im März 1933 hatten einige amerikanische jüdische Führungspersonen begonnen, von einem wirtschaftlichen Boykott deutscher Waren zu sprechen. Hitler konnte die antijüdischen Bestrebungen der Nazis nicht leugnen, aber er hatte vor, sie in offizielle Bahnen zu lenken. Zunächst kündigte die NSDAP einen unbefristeten Boykott jüdischer Unternehmen in Deutschland an, angeblich um gegen die „feindliche“ ausländische Presse zu protestieren. Nachdem jedoch deutlich geworden war, dass das Ausland keinen tatsächlichen Boykott deutscher Waren unterstützte und einige Abgeordnete Hitler vor den wirtschaftlichen Folgeschäden eines anti-jüdischen Boykotts warnten, wurde die Aktion auf einen Tag beschränkt: den 1. April 1933. Dennoch hatte dessen Ankündigung einen einschüchternden und deprimierenden Effekt auf die deutschen Juden und andere. In seinem

---

<sup>15</sup> Eine neuere Bewertung der Veränderungen während des Krieges bietet z.B. Christopher Browning, *Die Entfesselung der „Endlösung“*. *Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942. Mit einem Beitrag von Jürgen Matthäus*, übersetzt von Klaus-Dieter Schmidt. Berlin: Propyläen, 2003.

<sup>16</sup> Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews* (1961), 3<sup>rd</sup> edition. New Haven: Yale University Press, 2003.

<sup>17</sup> Henry Friedlander, *The Origins of Nazi Genocide: From Euthanasia to the Final Solution*. Chapel Hill: University of North Carolina Press, 1995 (dt.: Henry Friedlander, *Der Weg zum NS-Genozid. Von der*



Tagebucheintrag vom 31. März 1933 beschrieb Victor Klemperer, ein jüdischer Konvertit zum evangelisch-lutherischen Glauben, die öffentliche Stimmung am Vorabend des Boykotts. Seine Schilderung hält das wachsende Gefühl der Isolation und Hoffnungslosigkeit fest, das viele deutsche Juden und diejenigen, die vom Regime für jüdisch erklärt wurden, empfanden.

Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 war vorgeblich als Mittel gedacht, um eine effizientere und professionellere Verwaltung zu schaffen. Was das Gesetz jedoch tatsächlich bewirkte, war die unmittelbare Disqualifizierung aller Nicht-Arier aus dem deutschen Beamtentum. Das Gesetz betraf hauptsächlich Juden, doch es galt auch für Personen, die mit Juden verheiratet waren oder auch nur ein jüdisches Großelternstück hatten. Auf Reichspräsident Hindenburgs Wunsch wurde eine Ausnahme gemacht, nämlich für jüdische Kriegsteilnehmer. Ebenso beraubte das Gesetz diejenigen des Schutzes ihres Beamtenverhältnisses, die sich an politischen Aktivitäten beteiligt hatten, welche von den Nazis für illegal erachtet wurden. Außerdem erlaubte es der Regierung, Personen zwangsweise in den Ruhestand zu versetzen – selbst wenn sie noch nicht für dienstunfähig erklärt waren – schlicht, um die Verwaltung zu „vereinfachen“. Das Gesetz hatte fast unmittelbare Auswirkung auf die Zusammensetzung der Fakultäten an Schulen und Universitäten, da Lehrer und Professoren verbeamtet waren.

Am 14. Juli 1933 erließ das NS-Regime das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das die zwangsweise Sterilisation für bestimmte Gruppen einführte, die an für erblich gehaltenen Krankheiten litten. Wie der Gesetzestext zeigt, war die Abgrenzung dieser Gruppen undeutlich und ausdehnbar. Insgesamt spiegelte die dem Gesetz zugrunde liegende Vorstellung, dass Menschen minderwertiger Abstammung sich schneller vermehrten als die genetisch erwünschten Deutschen, die Ängste der Nazis, nicht die Realität wider.

Im September 1933 unterrichtete der amerikanische Generalkonsul in Berlin, George S. Messersmith, das US-Außenministerium über den Status der antisemitischen Bewegung in Deutschland. Neben anderen Beobachtungen bemerkte Messersmith, dass die Nazis zahlreiche Wege gefunden hatten, um ihre Form des Antisemitismus unter größeren Teilen der deutschen Bevölkerung zu verbreiten. Nach seiner Einschätzung „verschlechterte sich zunehmend“ die Situation der Juden in Deutschland. Obwohl Messersmith gelegentlich die

---

*Euthanasie zur Endlösung*, übersetzt von Johanna Friedman, Martin Richter und Barbara Schaden. Berlin: Berlin-Verlag, 1997).

Stabilität des Hitler-Regimes unterschätzte, erkannte er doch klar die Bedrohung, die es für Deutschland und die Welt darstellte.

Im September 1935 nutzte Hitler den 7. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg als Gelegenheit, um der Regierungsbürokratie den Anstoß zu geben, ein Gesetz mit zwei Zielen zu verabschieden: erstens, klare Rassenkriterien für die deutsche Staatsbürgerschaft zu definieren und zweitens, die Heirat und generell sexuelle Beziehungen zwischen deutschen Juden und „Ariern“ zu verbieten. Damals hofften einige deutsche Juden, diese Herabstufung vom Bürger zum Untertan möge, wie erniedrigend sie auch sei, zumindest eine gewisse Stabilität für die Zukunft bringen. Nach der Verabschiedung der sogenannten Nürnberger Gesetze gab es tatsächlich zeitweilig eine Pause in der Einführung neuer Maßnahmen gegen die Juden. Dies war jedoch wahrscheinlich eher den deutschen Bemühungen zuzuschreiben, während der Olympischen Spiele in Berlin 1936 gegenüber der Weltöffentlichkeit ein gutes Gesicht zu zeigen.

Der „Anschluss“ Österreichs am 12. März 1938 sowie die riskantere Annexion des tschechoslowakischen Sudetenlandes (ermöglicht durch das Münchener Abkommen vom 29. September 1938) ermutigten die Nazis und ließen sie weniger auf die ausländische Meinung bedacht und noch entschlossener werden, die Juden innerhalb ihres stetig wachsenden Einflussbereichs zu vernichten. Ende Oktober des Jahres schob die Gestapo etwa 17.000 Juden polnischer Abstammung in das Niemandsland zwischen der deutschen und polnischen Grenze ab. Die staatenlosen Juden, die weder nach Polen einreisen noch nach Deutschland zurückkehren konnten, wurden in diesem Niemandsland sich selbst überlassen, bis die polnische Regierung schließlich direkt hinter ihrer Grenze Flüchtlingslager für sie einrichtete. Als der siebzehnjährige Herschel Grynszpan, ein in Paris lebender Pole, hörte, dass seine Eltern in dieser Situation gefangen waren, schoss er auf einen deutschen Legationssekretär in Paris, Ernst Eduard vom Rath (1909-1938). Das Attentat geschah am 7. November 1938, vom Rath erlag zwei Tage später seinen Verletzungen.

Die Schüsse gaben den Nazis einen willkommenen Vorwand, um die deutschen Juden zu bestrafen. Die von den Nazis kontrollierte Presse verkündete bald, Grynszpans Tat sei Teil einer Verschwörung des internationalen Judentums gegen Deutschland, und nachdem er von Hitler grünes Licht erhalten hatte, empfahl Goebbels „spontane“ Aktionen gegen die Juden. Am Abend des 9. November 1938 (oft als „Reichskristallnacht“ bezeichnet) zettelte die SA eine

landesweite Gewaltkampagne gegen die deutschen Juden an. Die Angriffe dauerten mehrere Tage an, ungefähr 100 Juden wurden ermordet, zahlreiche weitere verletzt und mehr als 7.000 jüdische Geschäfte verwüstet und 267 Synagogen in ganz Deutschland zerstört. Ausländische Beobachter, Zeitungsreporter und Diplomaten sammelten ausführliche Informationen über die von der Regierung angestifteten Gewalttaten und verbreiteten diese in der restlichen Welt. Samuel Honaker, der amerikanische Konsul in Stuttgart, erkannte, dass die „spontanen“ Gewaltausbrüche tatsächlich sorgfältig inszeniert waren.

Am 11. November 1938 beauftragte Hitler Göring mit der Koordinierung von Maßnahmen im Gefolge der „Kristallnacht“. Am nächsten Tag berief Göring eine große interministerielle Sitzung im Reichsluftfahrtministerium ein. Joseph Goebbels, Reinhard Heydrich und Martin Bormann, damals Stabsleiter des „Stellvertreters des Führers“, waren unter den mächtigen Figuren, die an dieser mehrstündigen Sitzung teilnahmen. Göring trat für die staatliche Beschlagnahmung jüdischen Eigentums ein und war deshalb bemüht, die weitere Zerstörung oder private Aneignung wertvoller jüdischer Besitztümer zu verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen, schlug Göring eine Bandbreite an Maßnahmen vor, um die Juden zu enteignen, einzuschränken oder auszuweisen – kurz gesagt, sie aus der deutschen Gesellschaft auszugrenzen. Heydrich wies jedoch den Gedanken, in deutschen Städten jüdische Ghettos einzurichten, mit dem Argument zurück, dass diese zu Brutstätten von Kriminalität und Krankheiten würden. Göring zeigte einiges Interesse für Heydrichs Vorschläge zur Steigerung jüdischer Auswanderung, er drohte jedoch auch an, dass im Kriegsfall strengere Maßnahmen ergriffen würden.

Während einer langen Reichstagsrede am 30. Januar 1939 (dem sechsten Jahrestag seiner Machtübernahme) stellte Hitler ebenfalls Verbindungen zwischen dem bevorstehenden Krieg und der Vernichtung der Juden her. Die Historiker haben eine Schlüsselpassage – Hitlers „Prophezeiung“, dass ein Krieg die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa zur Folge haben würde – auf sehr verschiedene Weise interpretiert. Waren seine Worte beispielsweise darauf gerichtet, westliche Länder unter Druck zu setzen, deutsche Juden immigrieren zu lassen? Oder sollten sie vorhersagen, was geschehen könne, falls alle potenziellen Feinde Deutschlands sich gegen es verbünden würden? Indem er jede Anstrengung unternahm, um die Juden für einen Krieg verantwortlich zu machen, der noch nicht einmal begonnen hatte, schien Hitler anzudeuten, dass Nazi-Deutschland in einer zukünftigen Kriegssituation keinerlei Zurückhaltung ihnen gegenüber üben würde. Seine Rede könnte ebenfalls ein Signal für die SS-Führung gewesen sein, mit der Planung für die radikalste Entwicklung zu beginnen.

Wie reagierte die Außenwelt auf die Bemühungen der Nazis, die deutschen Juden zu vertreiben? Ungefähr sechs Monate zuvor, im Juli 1938, hielten Vertreter von 32 Nationen auf Geheiß des US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt eine Sonderkonferenz im französischen Evian ab. Keine der Nationen war bereit, direkt mit Deutschland zu verhandeln oder mehr jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, als sie es bereits unter bestehenden Gesetzen und Maßnahmen taten. Stattdessen gründeten sie das *Intergovernmental Committee on Political Refugees* (IGC), das damit beauftragt wurde, irgendeine geordnete Vorgehensweise zur Emigration oder Umsiedlung deutscher Juden, die das Land verlassen wollten, zu entwickeln.

Raymond H. Geist, der amerikanische Konsul in Berlin, war direkt in die amerikanischen und internationalen Bemühungen, die Situation der Juden in Deutschland zu verbessern, involviert. Geist versuchte, die Arbeit des ICG zu erleichtern, indem er ein Treffen zwischen dessen Vorsitzendem, dem amerikanischen Anwalt für internationales Recht George Rublee und deutschen Regierungsbeamten arrangierte. Geists Bemühungen lösten einen irreführenden Zeitungsbericht eines Reporters der *Jewish Telegraph Agency* namens Bernstein aus. Im April 1939 schrieb Geist an seinen früheren Vorgesetzten in Berlin, George S. Messersmith (der inzwischen zum stellvertretenden Außenminister ernannt worden war), um falsche Zitate des Artikels zu korrigieren und eine allgemeine Einschätzung der den deutschen Juden offenstehenden Möglichkeiten zu geben. Geist beobachtete richtig, dass die Frage der jüdischen Emigration innerhalb des NS-Regimes auf gemischte Gefühle stieß. Am Ende seines Schreibens bezieht Geist sich auf vertrauliche Quellen innerhalb der SS, um Voraussagen über das Schicksal der in Deutschland verbliebenen Juden im Fall eines Krieges zu machen. Geists Schreiben deutet an, dass der Genozid schon vor Kriegsbeginn Bestandteil der NS-Agenda war.

Die NS-Behörden schritten in ihrem Vorgehen gegen die Juden wegen möglicher Reaktionen der nicht-jüdischen Freunde und Nachbarn der Verfolgten vorsichtig voran. Das groß angelegte Massaker begann nicht mit deutschen Juden, sondern vielmehr mit denen in den von den Nazis besetzten Gebieten. Es gab jedoch ein Programm des Massenmords innerhalb Deutschlands, das bereits früh begonnen wurde: Das sogenannte „Euthanasie“-Programm wurde mehr oder weniger gleichzeitig mit dem Krieg begonnen. Menschen, die vormals unter das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (14. Juli 1933) gefallen waren, wurden nun zu Mordopfern.

Die „Euthanasie“-Morde wurden in einer geheimen Aktion (bekannt als T4) ausgeführt, die von Mitarbeitern der „Kanzlei des Führers“ geleitet wurde. Ärzte waren in die Selektion der Opfer und manchmal auch in das Töten selbst involviert. Nachdem einige Ärzte eine Versicherung der Legalität dieser Aktivitäten forderten, verfasste Hitler Ende Oktober 1939 eine schriftliche Autorisierung, in der er wiederholte, was er zuvor nur in mündlicher Form genehmigt hatte. Diese Autorisierung wurde in Form eines Briefes erteilt, der an Dr. Karl Brandt (1904-1948), den Leibarzt Hitlers, und Philipp Bouhler (1899-1945), den Chef der „Kanzlei des Führers“, adressiert war. Der Brief war auf Hitlers persönlichem Briefpapier verfasst und von ihm selbst unterschrieben. Er war außerdem zurückdatiert auf den 1. September 1939, das Datum der deutschen Invasion Polens. Diese Änderung stimmte mit Hitlers Ansicht überein, dass Kriegzeiten drastische neue Maßnahmen notwendig machten. Das Original des Briefes wurde in einem Safe in der „Kanzlei des Führers“ verwahrt, später wurden Ärzten privat Kopien des Briefes gezeigt, um sie zur Beteiligung an dem Programm zu überreden. Nur eine Kopie hat den Krieg überdauert. Dieser Brief ist der einzige bekannte schriftliche, von Hitler unterzeichnete Befehl, der eine Mordaktion autorisiert.

Vollständige Geheimhaltung war selbst in Nazi-Deutschland schwer aufrecht zu erhalten. Im September 1941 erstattete Lily Offenbacher, ein deutsch-jüdischer Flüchtling in New York, dem *U.S. Coordinator of Information* Bericht über die Kanäle, durch welche Informationen über das sorgfältig getarnte T4-Programm den Deutschen zuflossen.<sup>18</sup> Ihre Berichte aus zweiter Hand verbanden korrekte Informationen, wie die Tatsache, dass in Heimen und Anstalten untergebrachte Juden die ersten Opfer der Aktion waren, mit falschen Informationen, wie ihre Aussage, dass schwer verwundete deutsche Soldaten ebenfalls umgebracht würden. Offenbacher übermittelte außerdem Gerüchte, dass ein Hauptzweck dieser Morde darin bestand, Giftgas zu testen – ohne zu erkennen, dass die Aktion dazu bestimmt war, eine gesamte Gruppe von Menschen vollständig auszulöschen. Zwischen September 1939 und Ende August 1941 ermordeten die Euthanasiebevollmächtigten mindestens 70.000 für erbkrank erklärte Deutsche. Sowohl die Art als auch das Ausmaß des T4-Programms rechtfertigen die Einschätzung eines Historikers, dass diese erste Tötungswelle den ersten Genozid der Nazis ausmachte, mehr als zur Genüge.<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> Der *Coordinator of Information*, eine kleine US-Geheimdienststelle, war der Vorgänger des *Office of Strategic Services* (OSS).

<sup>19</sup> Henry Friedlander (1995).

In den ersten Kriegsjahren waren die Nazis auf Propaganda und Indoktrination angewiesen, um „den Juden“ wieder als Figur des absolut Bösen einzuführen und dadurch das Fundament für das Kommende zu bereiten. Die Ausbildung von SS und Polizei stellte eine der ergiebigsten Gelegenheiten für die ideologische Indoktrination dar. SS-Sturmbannführer Paul Zapp (1904-?) gehörte zu denjenigen, welche SS und Polizei über die „Judenfrage“ unterrichteten. Zapps Vortragsnotizen vom Ende des Jahres 1940 bieten einen interessanten Einblick in die Art von Bildung, die er vermittelte. Seine von Himmler genehmigten Aufzeichnungen stimmen mit der Ansicht der SS überein, dass die „Judenfrage“ nur auf weltweiter Basis gelöst werden könne. Als Befehlshaber einer der speziellen mobilen Mordeinheiten, die als Einsatzkommandos bekannt waren, setzte Zapp seine Theorien später in die Tat um.

Nach der deutschen Invasion der Sowjetunion am 22. Juni 1941 begannen die Nazis, etliche Juden (sowie Roma, kommunistische Funktionäre und andere) zu ermorden. Einsatzgruppen (unterteilt in Einsatzkommandos), Bataillone der Ordnungspolizei, Regimenter der Waffen-SS sowie vor Ort rekrutierte nicht-deutsche Hilfstruppen waren allesamt an den systematischen Erschießungen der heimischen Juden beteiligt. Im Herbst des Jahres begannen schließlich die Deportationen von Juden nach Osten. 1941 und Anfang 1942 deportierten die Nazis beispielsweise tausende deutscher und österreichischer Juden in das Ghetto im lettischen Riga. Am 30. November 1941 ermordeten Truppen unter dem Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers Friedrich Jeckeln (1895-1946) gemeinsam mit lettischen Hilfstruppen unter der Führung von Viktor Arajs (1910-1988) systematisch ungefähr 14.000-15.000 Juden außerhalb der Stadt Riga. Eine Woche später war fast die gesamte übrige Ghettobevölkerung ermordet.

Walter Bruns, ein Generalmajor der deutschen Wehrmacht, hatte von den Plänen zur Massenerschießung lettischer und deutscher Juden erfahren und versucht, verschiedene deutsche Behörden zu überzeugen, deren Umsetzung zu verhindern. Nachdem er gegen Ende des Krieges von den Briten gefangen genommen worden war, gehörte Bruns zu den zahlreichen deutschen Kriegsgefangenen, deren Gespräche heimlich aufgezeichnet wurden; die britischen Aufzeichnungen dieser Gespräche, die vor einigen Jahren freigegeben wurden, bieten einen reichen Fundus an freimütig geäußerten Informationen über die Einstellung deutscher Offiziere, Soldaten und der SS. Am 25. April 1945 sprach Bruns privat und einigermaßen erregt mit einigen Mitgefangenen über die Ereignisse in Riga 1941. Seine

---

Bemerkungen ergänzen das vorhandene Beweismaterial dafür, dass Admiral Wilhelm Canaris (1887-1945), Chef des Amtes Ausland/Abwehr im OKW, direkt mit Hitler über den Mord an den Juden gesprochen hatte, jedoch ohne Auswirkungen auf die grundsätzliche Politik der Nazis.<sup>20</sup> Die Schwierigkeiten, solche Erschießungen geheim zu halten, stellten einen von vielen Faktoren dar, die Himmler dazu anleiteten, zu einem Mordsystem überzugehen, das auf Lagern basierte.

Viele der auf hoher Ebene abgehaltenen Diskussionen darüber, was die NS-Führung beschönigend die „Endlösung der Judenfrage“ nannte, wurden schlecht dokumentiert – und das mit Absicht. Doch gibt es erhaltene Protokolle einer – heute berüchtigten – Sitzung hochrangiger Regierungs-, Partei- und SS-Funktionäre vom 20. Januar 1942. Die Wannseekonferenz, benannt nach dem Berliner Villenviertel, wo sie stattfand, scheint aus drei wesentlichen Gründen einberufen worden zu sein: 1) um die Anerkennung der Autorität der SS bezüglich der „Judenfrage“ sicherzustellen; 2) um die Vorgehensweise der SS einer Reihe anderer Behörden zu eröffnen, deren Kooperation für die massenhaften Deportationen und Morde gebraucht wurde; und 3) um potenziell schwierige Nuancen des Vorgehens hinsichtlich der Mischlinge und Juden in gemischten Ehen auszuräumen. Lediglich in diesem letzten Punkt gab es nennenswerte Kompromissbereitschaft.

Bei dem hier vorliegenden Protokoll der Sitzung handelt es sich nicht um eine genaue Niederschrift. Adolf Eichmann sagte später aus, er habe auf Drängen Heydrichs einige der deutlicheren Passagen über den Massenmord streichen müssen. Der Begriff „Evakuierung“ erscheint häufig als Euphemismus für Massenmord. Eine weitere offensichtliche Streichung oder nicht aufgezeichnete Einzelheit war Heydrichs Aussage, Hitler habe ihn mit dieser Aufgabe beauftragt.<sup>21</sup> Doch selbst die redigierte Zusammenfassung enthüllt den Umfang der Zielsetzung der Nazis: mehr als 11 Millionen Juden zu ermorden, einschließlich derer in England, Irland, Finnland, Portugal, Spanien und der Schweiz. Die Tatsache, dass die Statistiken über die jüdische Bevölkerung Europas überhöht waren, verdeutlicht, dass die NS-Funktionäre in jeder Ecke Juden vermuteten. Ein Jahr später, im Januar 1943, bat Himmler den Inspekteur für Statistik beim Reichsführer SS, Dr. Richard Korherr, einen detaillierten Bericht über das Fortschreiten der Endlösung anzufertigen. Korherr benutzte weiterhin den Begriff „Evakuierung“

---

<sup>20</sup> Vgl. Gerald Fleming, *Hitler und die Endlösung*, erg. Ausg. Frankfurt a.M./Berlin: Ullstein, 1987.

<sup>21</sup> Fleming, *Hitler und die Endlösung*, Anm. 91.

als teilweise Verschleierung des NS-Genozid-Programms; auf Himmlers Anweisung hin strich er auch einen weiteren Begriff, „Sonderbehandlung“, aus seinem Entwurf.<sup>22</sup>

Himmlers widersprüchliche Impulse, zu dokumentieren und zu verbergen, waren in seiner berühmten Rede vor SS-Gruppenführern in Posen vom 4. Oktober 1943 offensichtlich. Nach ungefähr zwei Dritteln seiner Rede (die über drei Stunden dauerte) sprach Himmler das Thema der Endlösung an – etwas, das die SS niemals öffentlich besprechen durfte. Er ging außerdem noch einen Schritt weiter und machte eine Tonbandaufnahme der Rede. Die Aufnahme hat den Krieg überstanden.

Ein anderes belastendes Dokument war für einige Zeit verschollen, jetzt ist es Historikern jedoch zugänglich. Am 11. Oktober 1943 übermittelte Ernst Kaltenbrunner, Heydrichs Nachfolger als Leiter des RSHA, über Funk eine verschlüsselte Nachricht mit einem Befehl in spitzem Ton an SS-Sturmbannführer Herbert Kappler, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Rom. Kaltenbrunner befahl Kappler, trotz der politischen und logistischen Schwierigkeiten, vor denen letzterer zuvor gewarnt hatte, die Deportation der Juden aus Rom durchzuführen. Der Befehl ist erhalten, da der britische Geheimdienst ihn abfang und entschlüsselte. Die entschlüsselte Nachricht wurde jedoch erst im Jahr 2000 freigegeben. Sie wurde während der Nürnberger Prozesse nicht als Beweismaterial gegen Kaltenbrunner genutzt. (Er wurde dennoch zum Tod verurteilt und gehängt.)

Die Maßnahmen der Nazis, um die jüdische Rasse in Europa zu vernichten, führten zu entgegenwirkenden Bemühungen der Juden, zu dokumentieren, was ihnen angetan wurde. Einer der bekanntesten und detailliertesten Berichte wurde von zwei slowakischen Juden erstellt, Alfred Wetzler und Rudolf Vrba, die am 7. April 1944 aus Auschwitz-Birkenau geflohen waren. Während sie sich in Ungarn versteckt hielten, verfassten sie einen ausführlichen Bericht, in dem sie beschrieben, was sie während fast zwei Jahren der Gefangenschaft erlebt hatten. Der Bericht erreichte bereits im Juni 1944 amerikanische Behörden in der Schweiz und wurde mit einiger Verzögerung vom *War Refugee Board*, einer amerikanischen Regierungsbehörde,

---

<sup>22</sup> Richard Breitman, *The Architect of Genocide: Himmler and the Final Solution*. New York: Knopf, 1991, S. 242 (dt.: Richard Breitman, *Der Architekt der „Endlösung“: Himmler und die Vernichtung der europäischen Juden*, übersetzt von Karl und Heidi Nicolai. Paderborn u.a.: Schöningh, 1996, S. 318).



veröffentlicht.<sup>23</sup> Obwohl das Dokument einige sachliche Fehler enthält, stellt es eine beeindruckende Leistung der Erinnerung und Zeugenschaft dar.<sup>24</sup>

Zahlreiche Faktoren machen es schwierig, zu rekonstruieren, wie viele Menschen in Auschwitz ermordet wurden: z.B. wurden die meisten Juden in die Gaskammern geschickt, ohne dass man ihnen vorher eine Nummer zugeteilt hatte, die meisten Leichen wurden in den Krematorien verbrannt und der Großteil der Lagerunterlagen wurde zerstört. Die Schätzung Wetzlers und Vrbas, dass ungefähr 1.765.000 Juden in Birkenau, einem von sechs größeren Vernichtungslagern, umgebracht wurden, wird heute von Historikern als zu hoch angesehen. Sie war allerdings konservativ im Vergleich mit der Zahl von 2.5 Millionen, die Auschwitz-Kommandant Rudolf Höss (1900-1947) nach dem Krieg zu Protokoll gab.

Das Massaker an den Juden, den Roma und zahlreichen sowjetischen Kriegsgefangenen in Auschwitz-Birkenau stellte nur eine Dimension der SS-Politik im Auschwitz-Komplex dar. Historiker haben in jüngerer Zeit die Rolle Auschwitz' bei der Versorgung deutscher Firmen mit Zwangsarbeitern aufgedeckt. Sie haben ebenfalls auf die Bedeutung der Bemühungen der SS hingewiesen, dort einen Vorposten der deutschen Ostbesiedlung am Rand des erweiterten Reiches zu gründen.<sup>25</sup> Auschwitz sollte zum Symbol einer schönen neuen, deutschen Welt werden. Stattdessen ist es zur Metapher für das technisch ausgereifte Böse geworden.

## **VI. Militär, Außenpolitik und Krieg**

Die Pläne der Nazis für eine Rassengemeinschaft schlossen auch die Ausweitung ihres Lebensraumes ein. Wie der Historiker Gerhard L. Weinberg es kurz und bündig ausgedrückt hat, waren Hitlers zentrale Anliegen Rasse und Raum.<sup>26</sup> Die Erweiterung des deutschen

---

<sup>23</sup> Vgl. David S. Wyman, *The Abandonment of the Jews: America and the Holocaust, 1941-1945*. New York: Pantheon, 1984, S. 289, 324 (dt. David S. Wyman, *Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden*, übersetzt von Karl Heinz Siber. Ismaning bei München: Hueber, 1986, S. 401, 446).

<sup>24</sup> Die abgedruckte Kopie des Berichts entspricht derjenigen, die dem *Office of Strategic Services* im April 1945 übergeben (und von diesem kommentiert) wurde.

<sup>25</sup> Peter Hayes, *Industry and Ideology: IG Farben in the Nazi Era*. New York: Cambridge University Press, 2000; Deborah Dwork und Robert Jan van Pelt, *Auschwitz: Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien*. München: ADD, 2000; Sybille Steinbacher, *„Musterstadt“ Auschwitz: Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien*. München: ADD, 2000.

<sup>26</sup> Gerhard L. Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, vol. I, *Diplomatic Revolution in Europe, 1933-1936*. Chicago: University of Chicago, 1970.

Lebensraumes konnte jedoch nur durch Krieg gänzlich erreicht werden. Die entscheidenden Fragen der nationalsozialistischen Militär- und Außenpolitik waren Ausmaß, Zeitplanung und Charakter dieses Krieges. Letztlich sollte Hitler über alle drei entscheiden.

In den ersten Jahren des NS-Regimes überschritten sich die Ziele der Regierung Hitlers und des deutschen Militärs, sie waren jedoch nicht identisch. So wollten beide die Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegten Beschränkungen der militärischen Stärke beseitigen und die Fähigkeit zum erfolgreichen Einsatz von Waffengewalt wiederherstellen. Hitler hatte allerdings eine größere, ehrgeizigere Agenda. Seine Ziele, wie sie vage in *Mein Kampf* und deutlicher artikuliert in einem zweiten, unveröffentlichten Buch über Außenpolitik<sup>27</sup> beschrieben werden, umfassten nicht weniger als die deutsche Herrschaft über Europa sowie die Eroberung eines riesigen Reiches im Osten auf Kosten Polens und der Sowjetunion. Als das Offizierskorps der Armee erkannte, dass Hitlers außenpolitische Ziele die Rückkehr zu den deutschen Grenzen von 1914 weit überstiegen, war das Militär bereits nicht mehr in der Lage (oder willens), sich geschlossen gegen das Regime zu stellen.

Hitler warb vor und nach seiner Ernennung zum Reichskanzler bei hochrangigen Reichswehroffizieren um Unterstützung. Im November 1932 äußerte Oberst Walther von Reichenau (1884-1942), der Stabschef des Wehrkreiskommandos I in Königsberg (in Ostpreußen, das vom Rest des Landes isoliert war) Besorgnis über die Gefahr eines polnischen Angriffs. In einem vom 4. Dezember 1932 datierten Brief an Reichenau stimmt Hitler mit ihm überein, dass ein polnischer oder polnisch-französischer Präventivkrieg gegen Deutschland eine reale Bedrohung darstelle. Gleichzeitig wollte er jedoch jeglichen militärischen oder diplomatischen Schritt vermeiden, der Deutschland in die Abhängigkeit von der Sowjetunion zwingen würde. Am 3. Februar 1933, vier Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler, nahm Hitler an einem Abendessen mit hochrangigen Militärs im Haus des Chefs der Heeresleitung Kurt von Hammerstein-Equord (1878-1943) teil. Dort legte er eine ehrgeizige innen- und außenpolitische Agenda vor und sprach etwas konkreter über die Eroberung zusätzlichen Lebensraums im Osten für die deutsche Bevölkerung. Hitlers Bemerkungen darüber, dass es für die Streitkräfte notwendig sei „unpolitisch und überparteilich“ sowie von der

---

<sup>27</sup> Gerhard L. Weinberg, Hg., *Hitler's Second Book: The Unpublished Sequel to Mein Kampf by Adolf Hitler*. New York: Enigma, 2003 [dt.: Gerhard L. Weinberg, Hg. *Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1961; Neuauflage: Gerhard L. Weinberg, Christian Hartmann, Klaus A. Lankheit, Hg., *Außenpolitische Standortbestimmung nach der Reichtagswahl Juni-*

SA getrennt zu bleiben, mag die an diesem Abend versammelte Führungsriege beruhigt haben, doch mit der Zeit sollte schließlich klar werden, dass das Militär sich der weitreichenden Indoktrination, die Hitler im Auge hatte, nicht entziehen konnte. Am 30. Januar 1936 gab Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht Werner von Blomberg (1878-1946) einen Erlass zur politischen Bildung für Mitglieder der Wehrmacht heraus.

Die Konkurrenz um Ressourcen innerhalb der Wehrmacht und Verwirrung über die Ziele der deutschen Außenpolitik veranlassten Hitler, am 5. November 1937 eine Sitzung in der Reichskanzlei einzuberufen. An ihr nahmen Blomberg, Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath, die Befehlshaber der drei Waffengattungen (Generaloberst Werner von Fritsch, Generaladmiral Erich Raeder und Luftwaffenchef Hermann Göring) sowie Hitlers Militäradjutant Oberst Friedrich Hossbach teil, der auch Protokoll führte. Hitler vermied es, bei der Sitzung die volle Bandbreite seiner Ziele zu beschreiben; vielmehr versuchte er, das Militär und das Außenministerium auf die bevorstehenden diplomatischen und militärischen Schritte vorzubereiten, die gegen Österreich und die Tschechoslowakei unternommen werden würden, ungeachtet des möglichen Vorgehens Großbritanniens oder Frankreichs. (Trotzdem verraten einige Bemerkungen Hitlers sein Interesse an einem viel weiter reichenden Expansionskrieg.) Angesichts des Standes der deutschen Wiederbewaffnung reagierten Blomberg und Fritsch zurückhaltend und warnten vor den Gefahren eines Krieges mit England und Frankreich.

Fritsch hatte, zumindest nach seinem eigenen Bekunden, eine Vorgeschichte von Schwierigkeiten mit Hitler, die bis zu seiner Ernennung 1934 zurückging. Blomberg wiederum hatte bis dato gute Beziehungen zu Hitler gehabt. Nach der Sitzung am 5. November sahen hochrangige Nazis jedoch die Notwendigkeit, die beiden von der Spitze der militärischen Hierarchie zu entfernen. Schon bald griffen sie auf hinterhältige Methoden zurück. Nachdem Blomberg am 12. Januar 1938 erneut geheiratet hatte, tauchte eine Polizeiakte über seine neue Braut auf; aus ihr ging eine frühere Verhaftung wegen Prostitution hervor. Kurz darauf wurde gegen Fritsch der falsche Vorwurf der Homosexualität erhoben. Hitler benutzte diese sogenannten Skandale geschickt, um beide Männer aus ihren Ämtern zu zwingen. (Fritsch bestand auf einem Militärgerichtsverfahren und wurde schließlich freigesprochen, jedoch nicht wieder ins Amt eingesetzt.) Hitler selbst ersetzte Blomberg als Kriegsminister; sein neuer Oberbefehlshaber des Heeres wurde Walter von Brauchitsch (1881-1948). (Ironischerweise

---

*Juli 1928* (= Adolf Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Band 2a), München: Saur, 1995].

hatte Hitler Brauchitsch Geld gegeben, damit dieser rechtzeitig zu seiner Ernennung noch rasch seine eigenen Eheprobleme lösen konnte.) Neurath, der ebenfalls bei der Sitzung vom 5. November Bedenken geäußert hatte, wurde durch den Hitler treu ergebenen Joachim von Ribbentrop (1893-1946) ersetzt.<sup>28</sup>

Der „Anschluss“ Österreichs wurde nach dem deutschen Einmarsch am 12. März 1938 ohne ernsthafte internationale Auswirkungen vollzogen. Deutsche Forderungen gegenüber der tschechoslowakischen Souveränität sowie Ansprüche auf tschechisches Gebiet – die als Sudetenland bekannte, ethnisch gemischte Grenzregion – brachten hingegen beide Länder an den Rand eines Krieges. Hitlers tatsächliches Ziel, dem er bei der Sitzung vom 5. November Ausdruck verlieh, war nicht die Annexion des Sudetenlandes, sondern vielmehr die Zerschlagung der Tschechoslowakei insgesamt. Frankreich hatte bereits ein formelles Abkommen zum Schutz der Tschechoslowakei unterzeichnet, wollte jedoch britische Unterstützung sicherstellen. Die Briten unterstützten jedoch eine Berichtigung der Unausgewogenheiten im Versailler Vertrag und hatten daher keinerlei Absicht, den Tschechen zu helfen. Auf den Vorschlag des italienischen Premierministers Benito Mussolini hin reisten der britische Premierminister Neville Chamberlain und der französische Premier Édouard Daladier am 29. September 1938 im letzten Moment zu einem Gipfeltreffen nach München. Da beide auf einen Krieg sowohl politisch und militärisch unvorbereitet waren, gaben Chamberlain und Daladier Hitlers Forderungen nach einer sofortigen Annexion des Sudetenlandes nach. Als letzter Schritt in der britischen Politik des „Appeasement“ gegenüber Nazi-Deutschland wurde das Münchener Abkommen zum Symbol der Gefahren, die in diplomatischen Zugeständnissen an einen Aggressor liegen.

Eine Bestandsgarantie durch Großbritannien und Frankreich für den tschechoslowakischen Reststaat konnte ein weiteres deutsches Vordringen nicht verhindern: am 15. März 1939 annektierte Deutschland Böhmen und Mähren. Gleichzeitig errichteten slowakische Politiker einen halb-unabhängigen Staat unter deutschem „Schutz“. So verschwand die Tschechoslowakei, und Deutschland erhielt eine weitere Basis, von der aus es einen zukünftigen Angriff auf Polen führen konnte.

---

<sup>28</sup> Harold C. Deutsch, *Hitler and His Generals: The Hidden Crisis, January – June 1938*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 1974 (dt.: Harold C. Deutsch, *Das Komplott oder die Entmachtung der Generale. Blomberg und Fritsch-Krise, Hitlers Weg zum Krieg*, übersetzt von Burkhardt Kiegeland. Zürich: Neue Diana Press, 1974).

Kurz nach der deutschen Besetzung Böhmens und Mährens schloss General Franz Halder (1884-1972), seit 1938 Generalstabschef des Heeres, beunruhigende Schlüsse über die Ausmaße des kommenden Krieges und die potenziellen Risiken, die er für Deutschland barg. Halder hatte Verbindungen zur militärischen Opposition und brachte in einem vertraulichen Gespräch mit Raymond H. Geist, dem amerikanischen Konsul in Berlin, im April 1939 einige seiner Bedenken zum Ausdruck. Geist schloss richtig, dass die deutsche Wehrmacht der Richtung folgen würde, die Hitler bestimmte, selbst wenn dies einen Zweifrontenkrieg mit amerikanischer Beteiligung bedeuten sollte.

Hitlers diplomatische Vorbereitungen auf einen Krieg gegen Polen wurden von einem überraschenden Schritt gekrönt. Nach einer Weile vorsichtiger Signale zwischen Deutschland und der Sowjetunion flog Ribbentrop nach Moskau, um seinen sowjetischen Amtskollegen, Außenminister Wjatscheslaw Molotow zu treffen. Die beiden einigten sich auf die Bedingungen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes, unterzeichnet am 23. August 1939. Oberflächlich betrachtet, schützte der Pakt Deutschland vor der Möglichkeit eines Zwei-Fronten-Krieges. Ribbentrop und Molotow verständigten sich darauf, dass die Sowjetunion im Fall eines deutschen Angriffs auf Polen nicht zugunsten Polens intervenieren würde. Daraus folgte, dass Deutschland lediglich an einer Front im Westen zu kämpfen hätte, falls Großbritannien und Frankreich wegen der Invasion in den Krieg eintreten würden. Hinter dem Vertrag steckte allerdings noch mehr: ein geheimes Zusatzprotokoll teilte nicht nur Polen, sondern auch den größten Teil Osteuropas in deutsche und sowjetische Einflussbereiche auf und ebnete so den Weg für spätere Gebietsveränderungen.

Am Tag bevor der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt unterzeichnet wurde, sprach Hitler erneut mit militärischen Befehlshabern, wobei er die Notwendigkeit eines Krieges rechtfertigte und den Charakter des bevorstehenden Konfliktes spezifizierte. Es wurde kein offizielles Protokoll angefertigt, doch verschiedene Teilnehmer machten Aufzeichnungen und diese sind verwendet worden, um Hitlers Ausführungen zu rekonstruieren. Hitler ahnte richtig voraus, dass Großbritannien und Frankreich nicht in der Lage oder gewillt sein würden, zugunsten Polens wirksam zu intervenieren, auch wenn sie sich offiziell dazu verpflichtet hatten. Seine Anmerkungen über die Notwendigkeit, mit Brutalität vorzugehen, mögen tatsächlich weiter gegangen sein, als diese Rekonstruktion nahelegt: eine andere, vermutlich dramatisierte

Version der Rede ließ ihn ausrufen: „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“<sup>29</sup>

Am 1. September 1939 marschierten die Deutschen in Polen ein und schlugen die polnischen Streitkräfte in wenigen Wochen. In einer Reihe von Offensiven im Frühjahr 1940 eroberten sie Norwegen, Dänemark, Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Frankreich. Italien, der Verbündete Deutschlands, trat während der letzten Phase des Krieges gegen Frankreich in den Krieg ein. Großbritannien unter der neuen Regierung Winston Churchills (1874-1965), der im Mai 1940 Neville Chamberlains Nachfolger wurde, weigerte sich aber, Friedensverhandlungen in Betracht zu ziehen und widerstand der deutschen Bombardierung, die dazu dienen sollte, die britische Moral zu brechen.

Im Sommer 1940 hatte Hitler bereits erwägt, die Sowjetunion anzugreifen, obwohl Großbritannien noch immer nicht erobert worden war und sogar trotz der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten, ohne in den Krieg einzutreten, Wege fanden, ihren Freund und Verbündeten zu unterstützen. Am 18. Dezember 1940 wies Hitler die Wehrmacht an, einen Feldzug gegen die Sowjetunion vorzubereiten. Die „Führerweisung Nr. 21, Fall Barbarossa“ spiegelt Hitlers Glauben wider, dass Stalin über einen geschwächten Koloss herrschte, der Gefahr lief, einfach zusammenzubrechen; sie zeigt außerdem, wie weitreichend Deutschlands territoriale Ziele waren. Hitlers Entschluss, die Sowjetunion anzugreifen, war schicksalhaft, er entstammte allerdings seinem ursprünglichen Beharren auf deutschem Lebensraum; er war weder impulsiv noch basierte er auf einer Fehleinschätzung sowjetischer Absichten.

Kurz vor der Invasion folgten das Oberkommando des Heeres und das Oberkommando der Wehrmacht Hitlers Anweisungen und unterwiesen ihre Männer über die rassistisch-ideologische Natur des Konflikts und die Notwendigkeit, die Träger des Bolschewismus physisch zu vernichten. Wilhelm Keitel (1882-1946), der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, unterzeichnete einen Befehl, der die Exekution an die sowjetischen Truppen angeschlossener politischer Kommissare autorisierte. Die unter Offizieren weitverbreitete Ansicht, dass die Juden untrennbar mit dem Bolschewismus verbunden seien, ermutigte das Militär, mit der SS und Polizeieinheiten zu kooperieren, die systematisch massenweise Juden erschossen. Befehle zu

---

<sup>29</sup> Winfried Baumgart, „Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939; eine quellenkritische Untersuchung,“ *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 16 (1968): 120-49.

barbarischen Aktionen kamen von der Spitze der militärischen Befehlskette, noch bevor der Russlandfeldzug begonnen wurde.

Weniger als einen Monat nach Beginn dessen, was eine erfolgreiche deutsche Militärkampagne zu sein schien, besprachen Hitler und einige seiner hochrangigen Untergebenen die deutsche Besatzungspolitik in der Sowjetunion. Nach Martin Bormanns Protokoll entwarf Hitler seine Politik in groben Zügen, während die NS-Funktionäre um Einfluss und Zuständigkeitsbereiche stritten. Der Ton dieser Besprechung gibt bereits einen Vorgeschmack auf das, was ein Historiker als den Prozess der Brutalisierung beschrieben hat, die sich durch die Ränge der deutschen Wehrmacht im Osten zog, als die deutsche Offensive sich festgefahren hatte und die Frustration zunahm.<sup>30</sup> Die völlige Geringschätzung des Lebens und der Bindungen nicht-deutscher Völker in der Sowjetunion drückte sich ebenfalls im „Generalplan Ost“ aus, der die Verringerung der ortsansässigen Bevölkerung um ungefähr dreißig Millionen vorsah.

Trotz der großen anfänglichen Erfolge konnte der deutsche Feldzug von 1941 den sowjetischen Widerstand nicht brechen. Die deutschen Truppen waren zwar in der Lage, einen großen Teil ihrer Stellungen tief im Innern des sowjetischen Gebiets zu halten, doch waren sie nicht auf den Winter 1941/42 vorbereitet, so dass es zu hohen Verlusten kam. Das Blutvergießen im Osten und Deutschlands Kriegserklärung an die USA nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 läuteten einen weltweiten Kampf ein, in dem wirtschaftliche Mobilisierung und Ressourcen mit der Zeit immer wichtiger wurden.

## **VII. Arbeit und Wirtschaft**

Die deutsche Wirtschaft war stark industrialisiert, doch Millionen kleiner und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe arbeiteten noch auf Familienbasis mit relativ wenigen Lohnarbeitern. Gemäß Darrés „Blut und Boden-Ideologie“ glorifizierte die NS-Ideologie das traditionelle Bauernleben als reiner und natürlicher im Vergleich zu seiner städtischen Entsprechung. Hieraus ergab sich der Wunsch des Regimes, die Bauern zu unterstützen. Am 29. September 1933 wurde ein Gesetz zum Schutz des Bauerntums durch Schaffung eines Erblehens

---

<sup>30</sup> Omer Bartov, *The Eastern Front, 1941-45: German Troops and the Barbarization of Warfare*. London: Palgrave MacMillan, 2001; und *Hitler's Army: Soldiers, Nazis and the War in the Third Reich*. New York: Oxford, 1992 (dt.: Omer Bartov, *Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges*, übersetzt von Karin Miedler und Thomas Pfeiffery. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1995).

verabschiedet, das Reichserbhofgesetz, welches die Erbschaft der Bauernhöfe auf direkte Abkommen des Besitzers beschränkte und das Eigentum unteilbar machte. Diese Bemühungen, das Sinken der Zahl kleiner Bauernhöfe zu bremsen, waren jedoch nicht besonders wirkungsvoll. Nach Kriegsbeginn initiierten Himmler und andere Agrarenthusiasten Anstrengungen, um Vorposten deutscher Bauernkrieger in die eroberten Gebiete im Osten zu verpflanzen.

Die deutsche Wirtschaftsplanung war von Hitlers Konzept der Selbstversorgung bestimmt. Doch die Entwicklung zur „Autarkie“ brachte Opfer mit sich, die anderen politischen und wirtschaftlichen Ziele in die Quere kamen – selbst den Kriegsvorbereitungen. Eine andere Herausforderung stellte der schwerfällige administrative Apparat dar, der dafür zuständig war, wirtschaftliche Streitigkeiten zu klären und Lösungen zu finden. Ein Gemenge von Regierungs-, Partei- und privaten wirtschaftlichen Einrichtungen beeinflusste wirtschaftliche Entscheidungen, wodurch das Verfolgen einer einheitlichen oder rationalen Politik erschwert wurde. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik stellte die Ecken und Kanten, die Irrationalität und Unwirtschaftlichkeit des NS-Systems bloß.

Obwohl das NS-Regime die meisten privaten Unternehmen ihrer Geschäftsleitung und ihren Anteilseignern überließ, zögerte es nicht, in Unternehmensentscheidungen einzugreifen, um zu erreichen, was als im allgemeinen Interesse liegend wahrgenommen wurde. Private Unternehmen, welche sich weigerten, zu kooperieren, wurden entweder durch den Entzug von Regierungsaufträgen bestraft oder durch die Einrichtung konkurrierender staatseigener Unternehmen wie die Reichswerke Hermann Göring, eine Fabrik, die Stahl aus minderwertiger heimischer Kohle und Eisenerz herstellte.

Im August 1936 veranlassten seine Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik der Regierung und seine Ansicht, Deutschlands Unternehmer seien unfähig – oder nicht willens, – ihre eigenen Interessen den wesentlichen nationalen Zielen unterzuordnen, Hitler dazu, eine wirtschaftliche Denkschrift zu verfassen. Diese stellte generelle Richtlinien für das Erreichen der wirtschaftlichen Selbstversorgung und die Kriegsvorbereitungen auf, konnte jedoch kaum einzelne Konflikte lösen oder bestimmte Ziele erfüllen. Nichtsdestoweniger war das Manifest zentral für Hitlers Entscheidung, Göring zum Beauftragten für den Vierjahresplan zu ernennen, ein Schritt, der letzteren praktisch zu einem Wirtschaftszaren machte. Am 17. März 1937 versuchte Göring, den Arbeitskreis der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie zu



nötigen, ihre Mitgliedsunternehmen dazu zu zwingen, die Eisenproduktion im Interesse der Kriegswirtschaft zu erhöhen. Während der Besprechung enthüllte Göring nebenbei, dass der „Anschluss“ Österreichs – der fast auf den Tag genau ein Jahr später geschah – bereits erwartet wurde. Diese Art von Kontakt zu hochrangigen NS-Funktionären gab den Unternehmensmanagern einen ungewöhnlichen Einblick in zukünftige Entwicklungen.

Das Drängen nach erhöhter Produktion bedeutete, dass Deutschland sich schnell zur Vollbeschäftigung hin entwickelte. Schließlich entstand ein Arbeitskräftemangel. Die völlige Zerschlagung der unabhängigen Gewerkschaften bedeutete natürlich, dass der einzelne Arbeiter keinerlei wirtschaftliche Verhandlungsmacht aus diesen Umständen gewann. Mit Ausnahme der Fabrikarbeiter in der Sowjetunion waren sie wohl die am schlechtesten bezahlten Arbeiter in Europa. Andererseits erinnerten sich die meisten deutschen Arbeiter nur zu gut daran, wie das Leben während der Wirtschaftskrise gewesen war. Informationen über die Stimmung der Arbeiter zu sammeln, war in einem Polizeistaat alles andere als leicht, doch die Exilorganisation der SPD (Sopade) nutzte Untergrundkontakte, um die Arbeitermoral nach Regionen einzuschätzen und mit der Zeit eintretende Veränderungen zu beurteilen. Ein Sopade-Bericht über Mitteldeutschland vom September 1938 war vorsichtig optimistisch angesichts dessen, wie wenige Arbeiter zu Befürwortern des NS-Regimes geworden waren.

Die Deutsche Arbeitsfront organisierte Programme wie „Schönheit der Arbeit“, welches die Arbeitsbedingungen in den Fabriken verbessern sollte und „Kraft durch Freude“, das eine Reihe von strukturierten Freizeitaktivitäten bot (oder zumindest bieten sollte), die zuvor jenseits der finanziellen Möglichkeiten vieler Arbeiter lagen.<sup>31</sup> Obwohl diese Bemühungen eine starke Dosis Propaganda mit sich brachten, boten sie einige Anzeichen dafür, dass die Regierung sich um die einfachen Arbeiter kümmerte. Viele Arbeiter wiederum zeigten Anerkennung für Hitlers außenpolitische Erfolge der 1930er Jahre.

Der anfängliche Kriegserfolg gab dem deutschen Militär zwar einen etwas größeren wirtschaftlichen Einfluss, er verringerte jedoch keineswegs die Schwierigkeiten der beständigen und rationalen Wirtschaftsplanung. In seinen 1973 erschienenen Memoiren beschrieb Hans Kehrl die zusammenhanglose und ineffiziente Wirtschaftsleitung im Herbst des Jahres 1940. Zu diesem Zeitpunkt war er Generalreferent für Sonderaufgaben im Reichswirtschaftsministerium,

---

<sup>31</sup> Shelley Baranowski, *Strength through Joy: Consumerism and Mass Tourism in the Third Reich*. New York: Cambridge University Press, 2004

wo er für die Ausbeutung von Rohstoffen in den besetzten Gebieten verantwortlich war. Kehrl bezeugte richtig, dass das politische System, in dem es keine regelmäßigen Kabinettsitzungen gab, um die Politik zu koordinieren und Prioritätenkonflikte zu regeln, selbst ein wesentlicher Stolperstein für die wirtschaftliche Effizienz war. Die wiedergegebenen Aussagen über Hitlers Abneigung dagegen, der Zivilbevölkerung strenge Beschränkungen aufzuerlegen, sind im Allgemeinen ebenfalls zutreffend.

Die Unfähigkeit des Regimes, schwierige Entscheidungen zu treffen und auf Opfer im eigenen Land zu bestehen, erhöhte den Druck, die besetzten Gebiete und deren Bevölkerung auszubeuten. Ein Ergebnis dessen war Fritz Sauckels Programm des Arbeitseinsatzes vom 20. April 1942. Es sollte jedoch angemerkt werden, dass die Rekrutierung und Nutzung ausländischer Arbeiter innerhalb des Deutschen Reichs die NS-Ideologen störte und die Behörden beunruhigte: erstere sorgten sich um die Reinhaltung der Rasse, letztere um die Sicherheit. Schließlich erzwangen militärische Niederlagen und wirtschaftliche Notwendigkeit einen etwas pragmatischeren Ansatz. Im April 1943 gaben das Reichsministerium für Propaganda und das Reichssicherheitshauptamt nach ausführlichen Debatten zwischen beiden Stellen ein Rundschreiben über die Behandlung der im Reich tätigen ausländischen Arbeitskräfte heraus. Einerseits wandten sie sich gegen die Behandlung von Zwangsarbeitern als Untermenschen, da „dem Ziel, den Krieg siegreich zu beenden“ sich alles unterzuordnen habe; auf der anderen Seite wollte das RSHA die NS-Standards von Rassensolidarität und –identität streng aufrecht erhalten werden – ein schwieriger Kompromiss, und einer, der wenig dazu beigetragen hat, die Situation der ausländischen Arbeiter zu verbessern. Im August 1944 gab es über 7,6 Millionen Zwangsarbeiter, die auf deutschen Bauernhöfen, in Minen, Fabriken und Konzentrations- oder Arbeitslagern arbeiteten.<sup>32</sup>

## VIII. Geschlechterrollen, Familie und Generationen

---

<sup>32</sup> Vgl. Edward Homze, „Nazi Germany’s Forced Labor Program,“ in *A Mosaic of Victims: Non-Jews Persecuted and Murdered by the Nazis*, ed. Michael Berenbaum, New York: NYU Press, 1990, S. 38; und allgemeiner, Ulrich Herbert, *Hitler’s Foreign Workers: Enforced Foreign Labor in Germany under the Third Reich*. New York: Cambridge University Press, 1997 (dt.: Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*. Berlin, Bonn: Dietz, 1985).

Für Hitler und viele hochrangige Nazis unterschieden sich Männer und Frauen nicht nur im Hinblick auf die Biologie, sondern auch im Charakter. Dementsprechend sollten die Geschlechter ganz unterschiedliche Rollen in dem neuen Staat und der neuen Gesellschaft spielen. Hitler, der ein entschiedener Gegner der emanzipatorischen Entwicklungen der Weimarer Republik war, legte einige seiner grundlegenden Ansichten zur Rolle der Frauen in einer Rede vor der NS-Frauenschaft im September 1934 dar.

Die Betonung der Mutterrolle der Frau spiegelte sowohl biologischen Determinismus wider als auch einen empfundenen demographischen Imperativ: nämlich die Notwendigkeit, die deutsche Bevölkerungszahl zu erhöhen. Diejenigen, welche heirateten und in ausreichender Zahl Kinder bekamen, profitierten von einer Reihe finanzieller Anreize (wie dem Heiratsdarlehen-Programm von 1933) und Statuserhöhungen (wie der Auszeichnung mit dem „Mutterkreuz“).<sup>33</sup> Diese Bemühungen mögen Mitte der 30er Jahre wohl zu einem Anstieg der Geburtenrate beigetragen haben, wobei wohl auch die Besserung der wirtschaftlichen Lage eine Rolle spielte.

Zur Schattenseite der NS-Bevölkerungspolitik gehörten angestrengte Versuche, Abtreibungen zu verbieten und den Zugang zu Verhütungsmitteln einzuschränken, ebenso wie eine systematische Kampagne gegen die Homosexualität, die von der Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung geführt wurde. Der Leiter dieser Zentrale, Josef Meisinger (1889-1947), legte bei einer Konferenz medizinischer Experten im April 1937 die mehr oder weniger offizielle Sicht dar, dass männliche Homosexualität überwiegend angelerntes Verhalten sei und geändert werden könne – und müsse.

Da viele Frauen weder heiraten noch Mütter werden konnten und einige Frauen sich für die Erwerbstätigkeit entschieden, gab es einen wesentlichen Frauenanteil in der Arbeiterschaft (der mit zunehmendem Arbeitskräftemangel zusätzlich anstieg). Doch selbst der Kriegsausbruch änderte nichts an der grundsätzlichen Ansicht der Nazis, dass weibliche Arbeitskräfte eine Ausnahme waren, nicht die Regel; aus diesem Grund bestätigte die Regierung die bestehende Politik der Nicht-Verpflichtung von Frauen als Arbeitskräfte. Kurz darauf forderte Himmler alle Mitglieder der SS und Polizei auf, dafür zu sorgen, dass sie Kinder hinterließen, bevor sie in den Krieg zogen. Ausdrücklich wies er die Einschränkungen bürgerlicher Konvention – d.h. die

---

<sup>33</sup> Claudia Koonz, *Mothers in the Fatherland*. New York: St. Martin's Press, 1988 (dt.: Claudia Koonz, *Mütter im Vaterland*, übersetzt von Cornelia Holfelder von der Tann. Freiburg im Breisgau: Kore, 1991).

Notwendigkeit, zu heiraten, bevor Kinder gezeugt werden – zurück, indem er erklärte, diese betrafen deutsche Frauen in Kriegszeiten nicht. Dieser Aufruf löste eine unmittelbare Gegenreaktion aus, die Himmler zu einer Klarstellung zwang. Von seinem grundsätzlichen Standpunkt trat er allerdings nicht ab.

Die fortgesetzte Dauer des Krieges sowie der damit einhergehende Anstieg der deutschen Kriegsgefallenen lösten auf höchster Ebene Diskussionen über die Notwendigkeit der Erhöhung der Geburtenrate, um die Kriegsverluste auszugleichen, aus. Der relative Frauenüberschuss bedeutete, dass viele von ihnen nicht heiraten können würden. Dies wiederum bedeutete, dass die meisten Unterschiede zwischen ehelichen und unehelichen Kindern in der Nachkriegszeit ausgeräumt werden müssten. In einem vom 29. Januar 1944 datierten Schreiben schlug Martin Bormann, der als Chef der Parteikanzlei mehr täglichen Kontakt mit Hitler hatte als die meisten anderen Funktionsträger, eine Reihe ehrgeiziger und kostspieliger Initiativen vor, um alleinerziehende Mütter mehrerer Kinder zu unterstützen.

Obwohl die Nazis für die traditionelle Familie warben, stellten ihre Bemühungen, die Geburtenrate der deutschen Frauen zu erhöhen, einen Angriff auf sie dar. Eifrige Organisationstätigkeit und Propaganda, die dazu bestimmt war, deutsche Kinder und Jugendliche zu politisieren und indoktrinieren – sie wurden als wichtiger für die Zukunft betrachtet als die älteren Generationen – stellten zusätzliche Belastungen für die Familien dar. Das Ziel der Nazis bestand darin, eine vorrangige und instinktive Loyalität zu Hitler und dem System zu schaffen, teilweise indem sie andere Einflüsse – einschließlich der Eltern – ausschlossen oder minimalisierten.

1933 wurde Reichsjugendführer Baldur von Schirach (1907-1974) die Verantwortung über sämtliche Jugendaktivitäten übertragen. Die folgende Gleichschaltung einer großen Bandbreite bestehender Jugendorganisationen in der Frühphase des Regimes resultierte in deren Auflösung oder Vereinnahmung durch die Hitler-Jugend. Mit der Verabschiedung des „Gesetzes über die Hitler-Jugend“ am 1. Dezember 1936 wurde die Mitgliedschaft in der Organisation zumindest nominell zwingend, und die Befugnisse der Hitler-Jugend wurden denen der Schule und des Elternhauses gleichgestellt. Die „Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Hitler-Jugend“ vom 25. März 1939 stellte genaue Richtlinien für die Zwangsmitgliedschaft aller Kinder im Alter von 10 bis 18 Jahren in den NS-Jugendorganisationen auf – der Hitler-Jugend, dem Jungvolk und dem Bund Deutscher Mädel.

Die Vereinnahmung der Jugend durch die Nazis kam nicht bei jedem gut an.<sup>34</sup> Es gibt Anzeichen dafür, dass mit der Zeit die Begeisterung und Dynamik der Jugenderfahrung während der 1930er Jahre der Reglementierung, beruflichem Opportunismus und sogar der Entfremdung wichen. Ein Bericht der Inlandsabteilung des Sicherheitsdienstes (SD) vom 12. August 1943 beschrieb die relativ pessimistische und zynische Einstellung älterer Mitglieder der Hitler-Jugend. Noch alarmierender wirkte ein Anfang des Jahres 1944 verfasster Bericht des Justizministeriums über das Problem der Jugendbanden. Angesichts der durch den Krieg verursachten Einschränkungen und zahlreicher anderer Probleme war die Unzufriedenheit so groß, dass selbst die Androhung schwerer Strafen die oppositionellen Jugendgruppen nicht auflösen konnte.

Während des Dritten Reiches war die Grundschul- und weiterführende Bildung mit NS-Propaganda durchsetzt und die Lehre an den Universitäten wurde ebenfalls dem „Zeitgeist“ entsprechend angepasst. Geschichte war ein besonders heikles Fach. Daher gab das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1938 Richtlinien für den Geschichtsunterricht heraus. Dabei profitierten die Nazis von nationalistischen und fremdenfeindlichen Traditionen, die unter Studenten und Fakultätsmitgliedern herrschten. Letztlich stieß die NS-Reglementierung jedoch an ihre Grenzen – einige Studenten hielten sich abseits, andere verfielen in politische Gleichgültigkeit.<sup>35</sup>

## **IX. Religion**

Das NS-Regime wollte Familie und Jugendkultur in den Staat und die Rassegemeinschaft inkorporieren. Religiöse Einrichtungen wurden dagegen als konkurrierende Autoritäten betrachtet, die es einzuschränken oder zu beseitigen galt. Doch mussten Pläne, diese Ansichten in die Tat umzusetzen, aus politisch-taktischen Gründen verschleiert, in Krisenzeiten verschoben, und schließlich während des Krieges bis auf weiteres aufgegeben werden; dennoch tauchten sie in vertraulichen Gesprächen oder unbedachten öffentlichen Äußerungen

---

<sup>34</sup> Eine allgemeine Abhandlung bietet Michael H. Kater, *Hitler Youth*. Cambridge: Harvard University Press, 2004 (dt.: Michael H. Kater, *Hitler-Jugend*, übersetzt von Jürgen Peter Krause. Darmstadt: Primus-Verlag, 2005).

einiger radikaler Nazis auf. Trotzdem versuchten die meisten Würdenträger der protestantischen und katholischen Kirchen, sich mit dem NS-Regime zu arrangieren. Sie mögen dies auf der Grundlage irreführend-beschwichtigender öffentlicher Aussagen Hitlers getan haben oder aufgrund gefühlter Gemeinsamkeiten bezüglich des Nationalismus und Antimarxismus. In den ersten Jahren des Dritten Reiches spürte nur eine Minderheit von Kirchenmännern die riesige Kluft, die den Nazismus von sämtlichen christlichen Glaubensrichtungen trennte, und in dieser Gruppe sahen wenige Alternativen dazu, innerhalb des Systems zu wirken.

Im Allgemeinen neigte die (vorrangig lutherisch-)evangelische Kirche stark zur Unterstützung der Regierung. Ende des Jahres 1933 begann sich aber unter den Lutheranern ein antinazistisches Element als Reaktion auf die Machenschaften einer eifrigen nazifreundlichen Fraktion namens Deutsche Christen zu bilden.<sup>36</sup> Die Verhaftung zweier lutherischer Landesbischöfe im Herbst 1934 führte fast unmittelbar zur Bildung der separatistischen Organisation, die als Bekennende Kirche bekannt wurde. Das NS-Regime machte vorübergehend einen Rückzieher: die beiden verhafteten Bischöfe wurden wieder eingesetzt. Innerhalb der evangelischen Kirche blieben die Bekennenden Gemeinden jedoch eine kleine Minderheit.

Anders als die evangelische Kirche war die katholische Kirche eine internationale Einrichtung, deren höchste Instanz außerhalb Deutschlands angesiedelt war. Das in Teil I dieser Einleitung erwähnte „Reichskonkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich“ vom 20. Juli 1933 definierte vermeintlich das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem Staat, wodurch eine Reihe heikler Fragen gelöst werden sollten. Sein geheimer Anhang sah außerdem die Einberufung katholischer Geistlicher zum Militärdienst vor, was insofern ein bemerkenswerter Bestandteil ist, da es zu dieser Zeit keine Wehrpflicht gab – die deutsche Armee war durch den Versailler Vertrag auf 100.000 Mann beschränkt worden.

1937 waren Papst Pius XI. (1857-1939) die Verstöße gegen das Konkordat und die antireligiöse NS-Propaganda zu viel geworden. In einer päpstlichen Enzyklika mit dem Titel „Mit brennender

---

<sup>35</sup> Geoffrey J. Giles, *Students and National Socialism in Germany*. Princeton: Princeton University Press, 1985; Steven Remy, *The Heidelberg Myth: The Nazification and Denazification of a German University*. Cambridge: Harvard University Press, 2003.

Sorge“ sprach er eine gänzliche Verurteilung des Regimes aus. Die Kritik des Papstes war der Regierung unangenehm, daher versuchte sie, die Verbreitung der Enzyklika innerhalb Deutschlands zu verhindern. Sie übte außerdem an der katholischen Kirche in Deutschland Vergeltung, indem sie unter verschiedenen Vorwänden Priester verhaften ließ. Pius XI. starb Anfang des Jahres 1939, ohne die Schwierigkeiten des Vatikans mit dem Nazismus gelöst zu haben.

Sein Nachfolger, Papst Pius XII. (1876-1958) war ein langjähriger Mitarbeiter des Vatikans, der bereits eine lange Vorgeschichte im Umgang mit Deutschland hatte, da er von 1917 bis 1929 dort lebte. Während des Krieges überließ Papst Pius XII. weitgehend den deutschen Bischöfen die Entscheidung, wie sie auf das mörderische Vorgehen des NS-Regimes reagieren wollten; die meisten vermieden direkte Konfrontationen.<sup>37</sup> Im August 1941 nutzte ein katholischer Bischof, Clemens August von Galen aus Münster, seine Predigten, um sowohl allgemeine Kritik am NS-Regime als auch seine speziellen Bedenken gegen dessen „Euthanasie“-Politik zu äußern. Seine Äußerungen lösten wütende, aber politisch gemäßigte Reaktionen bei Nazi-Funktionären aus, die auch weiterhin Hitlers Bemühungen, die Moral während des Krieges aufrechtzuerhalten, spiegelten.

In spätabendlichen Gesprächen brachte Hitler häufig seine Abneigung gegen das Christentum zum Ausdruck, sah jedoch wenig Notwendigkeit oder Gelegenheit, es sofort zu zerschlagen. Heinrich Himmler äußerte in einer Rede vor SS-Führern am 9. Juni 1942 allerdings ein dringenderes Interesse an der Einschränkung oder Umwandlung religiöser Bindungen. Himmlers Ansichten helfen dabei, zu erklären, warum es auch während des Krieges noch zu einigen Verhaftungen von Priestern und Beschlagnahmungen von Besitztümern der katholischen Kirche kam. Für die NS-Ideologen war das Christentum im Wesentlichen „undeutsch.“

---

<sup>36</sup> Doris L. Bergen, *Twisted Cross: The German Christian Movement in the Third Reich*. Chapel Hill: North Carolina, 1996; John S. Conway, *The Nazi Persecution of the Churches*. Vancouver: Regent College Publishing, 1997.

<sup>37</sup> Pius XII. Einstellung zu und Reaktionen auf das NS-Regimes haben jahrzehntelange Kontroversen ausgelöst. Eine historiographische Abhandlung zur Kontroverse findet sich bei: *Pope Pius XII and the Holocaust*, hg. von Carol Rittner und John K. Roth. London: Leicester University Press, 2002; Jose M. Sanchez, *Pius and the Holocaust: Understanding the Controversy*. Washington, DC: Catholic University Press, 2002 (dt.: José M. Sanchez, *Pius XII. und der Holocaust. Anatomie einer Debatte*, übersetzt von Karl Nicolai. Paderborn u.a.: Schöningh, 2002); Michael Phayer, *The Catholic Church and the Holocaust, 1930-1965*, Bloomington: Indiana University Press, 2000.

## X. Literatur, Kunst und Musik

Kultur wurde als etwas sehr Deutsches angesehen. Tatsächlich glaubte Hitler, eines der charakteristischen Merkmale der deutschen Rasse sei ihre enorme kreative Begabung. Ein Teil des Antriebs für das umfangreiche Engagement des Regimes in Kunst und Literatur kam von Individuen wie Hitler, Goebbels und Alfred Rosenberg (1893-1946), die allesamt in ihrer Jugend künstlerische und kulturelle Ambitionen gehabt hatten. Ein weiterer motivierender Faktor lag jedoch in der von vielen konservativen Deutschen geteilten Überzeugung, modernistische und „dekadente“ kulturelle Strömungen während der Weimarer Republik – die von expressionistischer Kunst bis zu Jazz reichten – hätten in Deutschland zu Ausschweifung und Schwäche beigetragen. Sie argumentierten, die Kultur beeinflusse das Verhalten, und nur eine ordentlich geregelte NS-Kultur, die Rasse und kriegerische Werte glorifiziere, könne die glorreiche Zukunft des Dritten Reiches stützen. Und da die Rasse das Verhalten bestimme, versuchten die Nazis, „dekadente“ Kultur als das Werk rassistisch Minderwertiger oder Degenerierter zu deklarieren, oder als Teil der jüdischen Verschwörung gegen Deutschland.

Diejenigen Schriftsteller, Künstler und anderen Kulturschaffenden, deren Abstammung und bisherige politische Einstellung nicht beanstandet wurden, mussten sich entscheiden, ob sie im Rahmen der Übernahme der deutschen Kultur durch die Nazis kooperieren oder diese sogar fördern sollten. Der Dirigent Wilhelm Furtwängler (1886-1954) unterstützte die frühe Zensur jüdischer Künstler nicht vorbehaltlos und appellierte an den Minister für Volksaufklärung und Propaganda Joseph Goebbels, die bisherigen hohen kulturellen Standards zu wahren. Goebbels wehrte seine Kritik jedoch ab. Furtwängler bereitete keine weiteren Schwierigkeiten und hatte eine äußerst erfolgreiche Karriere während des NS-Regimes.

Goebbels erschien persönlich zu der von Studenten organisierten Bücherverbrennung „undeutscher“ Literatur am 10. Mai 1933 in Berlin. Louis P. Locher, der damalige Leiter des Berliner Büros der *Associated Press*, berichtete in einem Ton über das Ereignis, der den Fanatismus und die Barbarei der NS-Bewegung vermittelte. Im September 1933 wurde auf Betreiben Goebbels' hin ein Gesetz verabschiedet, das eine Reichskulturkammer mit Fachkammern für die verschiedenen kulturellen Ausdrucksformen einrichtete: Literatur, Presse, Radio, Film, Theater, Musik und bildende Künste. Da das Recht zur Berufsausübung an die Mitgliedschaft in der jeweiligen Kammer gebunden war, gab das Gesetz der Regierung (und



Goebbels) die Macht, jeden mit Berufsverbot zu belegen, dessen politische Ansichten, Abstammung oder künstlerischer Stil für anstößig gehalten wurden. Das Handbuch der Reichskulturkammer (1937) bietet einen Einblick in die Funktionsweise dieser berufsständischen Körperschaften.<sup>38</sup>

Das Haus der Deutschen Kunst in München, ein neues, von dem Architekten Paul Ludwig Troost (1873-1934) entworfenes Museum, war als Schauplatz für „gute“ Kunst konzipiert, die mit dem Geschmack der Nazis übereinstimmte: neoklassische Malerei und Skulpturen, die den neuen heroischen Geist des Dritten Reichs spiegelten, idealisierte Landschaften, mythologische Darstellungen und Bilder, die „reinrassige“ Arier darstellten – und von solchen geschaffen waren. Bei der Museumseröffnung am 18. Juli 1937 hielt Hitler eine programmatische Rede zur nationalsozialistischen Kulturpolitik und deren Verständnis von „deutscher Kunst.“

Am nächsten Tag eröffnete in den Hofgarten-Arkaden der Münchener Residenz die Ausstellung „Entartete Kunst.“ In ihr wurden 650 konfiszierte Kunstwerke aus 32 Museen gezeigt. Die Nationalsozialisten wandten den Begriff „entartet“ auf jegliche Art von Kunst an, die sich nicht mit ihrer Ideologie oder Propaganda vereinbaren ließ. Ganze künstlerische Strömungen wurden als „entartet“ verunglimpft, hierzu gehörten u.a. Expressionismus, Impressionismus, Dada, Neue Sachlichkeit, Surrealismus, Kubismus und Fauvismus. Der Großteil der begabtesten und innovativsten deutschen Künstler fiel der offiziellen Diffamierung zum Opfer, so z.B. George Grosz, Ernst Ludwig Kirchner, Max Ernst, Karl Schmidt-Rottluff, Max Pechstein, Paul Klee und Ernst Barlach. Mit dieser Ausstellung wurden die bildenden Künste zur völligen Unterordnung unter die NS-Zensur und Gleichschaltung gezwungen. Die von Goebbels und dem Präsidenten der Reichskammer der Bildenden Künste Adolf Ziegler (1892-1959) initialisierte Ausstellung wurde zwischen 1937 und 1941 in zwölf weiteren Städten gezeigt. Insgesamt zog sie mehr als 3 Millionen Besucher an, was die Frage nach der öffentlichen Reaktion auf die Benutzung der Kunst als Propaganda durch die Nazis aufwirft.

## **XI. Propaganda und die Öffentlichkeit**

---

<sup>38</sup> Eine detaillierte Abhandlung bietet Alan Steinweis, *Art, Ideology, and Economics: The Reich Chambers of Music, Theatre and the Visual Arts*. Chapel Hill: North Carolina, 1996.

NS-Funktionäre betrachteten Propaganda als ein positives und notwendiges Mittel, um Solidarität unter den „gesunden“ Teilen der deutschen Bevölkerung zu schaffen. Nach Goebbels' Vorstellung würde die Propaganda die Nation dahin führen, sich enthusiastisch gemeinsam hinter die „nationale Revolution“ zu stellen. Eine erfolgreiche Propaganda erforderte die Unterdrückung von Kritik sowie die Beseitigung von Informationen, die nicht mit den vorherrschenden ideologischen Ansichten konform gingen.

Zu Friedenszeiten bestand ein Nutzen der Propaganda darin, die Nation auf den Krieg vorzubereiten. Nachdem der Krieg begonnen hatte, diente die Propaganda nicht nur dazu, Hass auf den Gegner zu schüren (und Deutschlands militärische Gegner mit den Juden zu assoziieren), sondern auch zur Abhärtung der Nation gegen die Belastungen des Krieges. Hitler und Goebbels waren nämlich der Überzeugung, die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg sei nicht nur auf die Machenschaften der Marxisten und Juden zurückzuführen, sondern auch auf das Versagen der öffentlichen Moral.

Radios waren billig und in vielen deutschen Haushalten zu finden, und Radioansprachen stellten ein wirksames Mittel dar, um Propaganda zu verbreiten, besonders für begabte Redner wie Hitler und Goebbels. Doch Radios stellten auch ein Sicherheitsrisiko dar. Zwar hatte das NS-Regime lange vor Kriegsausbruch die völlige Kontrolle über die Inlandsmedien erlangt, doch ausländische Radiosender stellten noch immer eine Gefahr dar. Als Konsequenz dessen machte das Regime bei Kriegsausbruch das Hören ausländischer Radiosender strafbar und befugte die Gestapo dazu, Verstöße zu verfolgen. Die Parteizeitung *Völkischer Beobachter* versuchte, die von der Arbeiterschaft durch die Kriegswirtschaft erlittenen ökonomischen Härten herunterzuspielen; sie tat dies teilweise durch Verwendung sozialistischer Rhetorik und indem sie Großbritannien als Symbol des heruntergewirtschafteten Kapitalismus benutzte.

Die NS-Propaganda über die Sowjetunion erforderte natürlich einige gewandte Kursänderungen. Der jahrelange schrille Antibolschewismus verstummte, kurz bevor Deutschland und die Sowjetunion 1939 den Nichtangriffspakt schlossen. Dann, am 22. Juni 1941, dem Tag der deutschen Invasion der Sowjetunion, informierte Goebbels seine Untergebenen über eine radikale Änderung der Taktik: mit sofortiger Wirkung sollte die Berichterstattung nun die Kriegsrealität in ideologischen Begriffen interpretieren. Offensichtlich war er dennoch über die öffentliche Reaktion auf die Unbeständigkeit der NS-Propaganda besorgt.

Als die ramponierten Überreste der 6. Armee sich entgegen ihren Befehlen Anfang Februar 1943 in Stalingrad ergaben, mussten selbst NS-Ideologen eingestehen, dass der Krieg in eine schwierige Phase eingetreten war. Auf seiner Suche nach einer neuen Propagandastrategie, die Zugkraft gewinnen könnte, versuchte Goebbels, die militärischen Niederlagen zu nutzen, um erhöhte Opferbereitschaft zu fordern. Am 18. Februar 1943 hielt er eine übermäßig lange Rede im Berliner Sportpalast – sie wurde zu seiner berühmtesten. Er fragte, ob die Deutschen den „totalen Krieg“ wollten und benutzte einen inszenatorischen Kunstgriff, um zu zeigen, dass sie dies taten. Seine Bezugnahme auf britische Behauptungen verdient hier Beachtung – ein Zeichen dafür, dass eine erhebliche Zahl von Deutschen trotz des Verbots ausländischer Radiosender die Nachrichten der BBC hörte. Ein weiterer Grund der Hervorhebung Großbritanniens statt der Sowjetunion lag in den zunehmenden Schäden, die britische (und amerikanische) Bomber an deutschen wirtschaftlichen Zielen und Städten anrichteten. Auf einer Parteiveranstaltung am 5. Juni 1943 hielt Goebbels eine Rede, die öffentlich übertragen wurde; er versuchte darin ausdrücklich, das Leiden der deutschen Zivilbevölkerung in ein Sehnen nach Vergeltung umzuwandeln, von dem er hoffte, dass es sich in erhöhten Kriegsanstrengungen ausdrücken würde. Ein vom SD verfasster Stimmungsbericht lässt darauf schließen, dass die Propaganda der Opferbereitschaft und Rache nur in begrenztem Maß wirkte. Das Vertrauen der Bevölkerung in Hitler blieb hoch, doch dem restlichen Regime und den Medien wurde nicht länger vertraut und die Bevölkerung hatte begonnen, sich außerhalb Deutschlands nach verlässlicheren Informationsquellen umzusehen. Ende 1943 war der Unterschied zwischen Realität und Propaganda für viele Deutsche zu groß geworden, um ihn ignorieren zu können.

## **XII. Region, Stadt und Land**

Wie andere Katastrophen in der europäischen Geschichte auch, veränderten die NS-Revolution und die Kriegserfahrung an einigen Orten jeglichen Aspekt des täglichen Lebens, während andere im Wesentlichen davon unberührt blieben. Obwohl es schwierig ist, ein Schema zu zeichnen, waren die städtischen Ballungszentren im Allgemeinen vom Regime stärker politisiert und im Krieg stärker zerstört worden. Zunächst konzentrierte sich die britische und amerikanische Bombardierungsstrategie in erster Linie auf wichtige wirtschaftliche Ziele, doch mit der Zeit gewann die Idee, zu bombardieren, um das städtische Leben zu stören und die Moral der Zivilisten zu brechen – das Flächenbombardement – an Zuspruch. In einer Reihe von

Fällen, von denen Hamburg und Dresden die bekanntesten sind, lösten alliierte Bomber einen Feuersturm aus, der schreckliche Verluste zur Folge hatte und große Teile der Städte in Schutt und Asche legte. Der durch Bombardierung ausgelöste Feuersturm in Hamburg in der Nacht vom 27. auf den 28. Juli 1943 tötete zwischen 35.000 und 40.000 Menschen. Der alliierte Angriff auf Dresden am 13./14. Februar 1945 verursachte eine Katastrophe ähnlicher Größenordnung. Überhöhte Schätzungen der Opferzahl in Dresden haben einige dazu verleitet, den Vergleich mit Hiroshima oder Nagasaki zu ziehen. Verlässlichere Schätzungen beziffern die Zahl der Toten auf etwa 40.000.

Gegen Ende des Krieges waren die Alliierten nicht die einzigen, die versuchten, Deutschlands Infrastruktur in Trümmer zu verwandeln. Als die alliierten Truppen in deutsches Gebiet einmarschierten, wollte Hitler alles zerstören, wovon der Feind Gebrauch machen könnte: Vorräte, Straßen, Brücken, Fabriken und Kommunikationsnetze. Mit absoluter Gleichgültigkeit gegenüber den Bedürfnissen, dem Wohlergehen und der Sicherheit der deutschen Bevölkerung befahl Hitler die Ausführung seines „Verbrannte Erde“-Befehls. Die Verantwortung für die Weiterleitung des Befehls fiel dem Minister für Rüstung und Kriegsproduktion Albert Speer zu, der erkannt hatte, dass der Krieg verloren war und seine Einwilligung verweigerte.

### **XIII. Wissenschaft**

Die amerikanische und britische Kernforschung wurde anfangs von Befürchtungen angetrieben, das Nazi-Deutschland Kernwaffen entwickeln und einsetzen könnte. Die Befürchtungen waren berechtigt: deutsche Physiker genossen weltweites Ansehen für ihre bahnbrechende experimentelle und theoretische Arbeit zum Prozess der Uranspaltung, bei der Energie freigesetzt wird. Einige berühmte jüdische Wissenschaftler (wie Lise Meitner, die gemeinsam mit Otto Hahn die Kernspaltung entdeckte) mussten jedoch wegen der Verfolgung durch die Nazis das Land verlassen; andere wurden dadurch behindert, dass NS-Funktionäre zur Diskreditierung bestimmter wissenschaftlicher Theorien (z.B. derer Einsteins) anstifteten. Nichtsdestoweniger gab es noch immer genug Spitzenphysiker in Deutschland, um die Entwicklung von Kernwaffen möglich zu machen. Letztlich wurde dieses Ziel jedoch nie erreicht, auch deshalb, weil sowohl das Regime als auch die Wissenschaftler die militärische Bedeutung der Kernforschung anfangs nicht erkannten.

Eine Kontroverse umgibt noch immer die Absichten des Physikers und Nobelpreisträgers Werner Heisenberg (1901-1976), der später behauptete, er und seine Kollegen hätten nicht gewollt, dass Nazi-Deutschland der Bau einer Atombombe gelinge. Zu den gegenteiligen Beweisen gehört die Niederschrift heimlich aufgezeichneter Gespräche zwischen deutschen Kernphysikern, die gegen Ende des Krieges gefangen genommen und in komfortabler Umgebung auf dem englischen Landsitz Farm Hall interniert wurden. Das britische Unternehmen zur Abhörung dieser „Gäste“ wurde „Operation Epsilon“ genannt. Eine englische Übersetzung ihrer Bemerkungen wurde an General Leslie Roves, den amerikanischen Leiter des *Manhattan Project*, übermittelt.

Zu der Farm Hall-Gruppe gehörten neben Heisenberg auch Otto Hahn und Carl Friedrich von Weizsäcker (der ältere Bruder von Richard von Weizsäcker, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland von 1984 bis 1994). Insgesamt legen ihre Bemerkungen und die der anderen Wissenschaftler der Gruppe den Schluss nahe, dass sie einfach nicht die richtigen Methoden gefunden hatten, um eine Kettenreaktion auszulösen oder auf den Ressourcen zu bestehen, die sie gebraucht hätten, um während des Krieges mehr zu erreichen.<sup>39</sup> Die Farm Hall-Gespräche beinhalten ebenfalls die erstaunten Reaktionen der Gesprächspartner auf die Nachricht, dass Amerika eine Atombombe auf Hiroshima abgeworfen hatte.

Das NS-Regime brachte etliche Perversionen der Wissenschaft hervor und verstieg sich in manche komplette Quacksalberei, doch es gelang ihm auch, die seriöse Wissenschaft für seine Zwecke zu mobilisieren, ebenso wie es den Staatsapparat für die Partei und die SS einspannte. Seine Kernforschung schlug zwar fehl, doch andere Wissenschaftler und Ingenieure entwickelten technisch komplexe Waffen wie die V-2-Rakete, die 1944 Verluste und Schrecken über London brachte und anschließend als direkter Vorläufer sowohl der Interkontinental- als auch Weltraumraketen diente.<sup>40</sup> Trotz seiner archaischen und ineffizienten Elemente war Nazi-Deutschland kurz davor, die Vorherrschaft über Europa zu erlangen. Dieses Vermächtnis des 20. Jahrhunderts wirkt im 21. noch immer verstörend.

---

<sup>39</sup> Zu diesem Schluss kommt Mark Walker, *German National Socialism and the Quest for Nuclear Power*. Cambridge: Cambridge University Press, 1989 (dt.: Mark Walker, *Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe*, übersetzt von Wilfried Sczegan. Berlin: Siedler, 1990).

<sup>40</sup> Michael J. Neufeld, *The Rocket and the Reich: Peenemünde and the Coming of the Ballistic Missile Era*. New York: Free Press, 1994 (dt.: Michael J. Neufeld, *Die Rakete und das Reich. Wernher von Braun, Peenemünde und der Beginn des Raketenzeitalters*, übersetzt von Jens Wagner. Berlin: Brandenburgisches Verlags-Haus, 1997).

Richard Breitman

Übersetzung: Insa Kummer